Montag, 16. Januar 1933 — 5. Jahrgang Nr. 13

Westfälischer Beobachter

Bielefelder Beobachter — Herforder Beobachter — Mindener Beobachter

Nationalsozialist. Tageszeitung für Westfalen-Nord

Geschäftsstelle Herford, Hämelingerstraße 6. Fernruf Herford 3888. Bielefeld: Fernruf 1406 — Verlag und Rotationsdruck Bacterm, Herford. Erscheint werktags. Bezugspreis monatlich 2.00 RM. und Bestellgeld. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen an. Zusendung durch Kreuzband 1.50 RM mehr. — Bei höheren Gewalten, Streiks, Betriebsstörung besteht für den Verlag keine Verpflichtung zur Rückzahlung des Bezugspreises. Postversand Herford

Für Freiheit und Brot

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Millimeterzeile 32 mm breit 15 Pfg., Lokalzeilenpreis 10 Pfg. Reklamen Millimeterhöhe 65 mm breit 50 Pfg. Bei Wiederholungen und Abschlüssen Ermäßigungen nach Tarif. Bei Konkursen, Klagen und Zeilüberschreitungen fällt vereinbarter Rabatt fort. Erfüllungsort: Herford. — Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Garantie geleistet. Postscheckkonto: (Westfälischer Beobachter, Herford) Hannover Nr. 19573.

Abtreten Herr von Schleicher!

Hitler siegt in Lippe!

Gewaltiger nationalsozialistischer Stimmengewinn von 34,7 auf 39,6 v. H. gegen letzte Reichstagswahl — SPD verliert zwei Mandate — Schwere Verluste der Kommunisten und Deutschnationalen — Die Schleicherfront vernichtend geschlagen

Lippe!

Die Lügen der Schleicherfront entlarvt

Dr. Pi. Eine Flut von Lügen, Verleumdungen und tendenziösen Zersetzungsgerüchten waren in den letzten Wochen auf die deutsche Freiheitsbewegung niedergeprasselt. Es wäre einfach menschenunmöglich gewesen, dieses an Bösartigkeit alles übersteigende Lügengewebe durch Wort oder Schrift zu widerlegen. Der Nationalsozialismus hat daher im Gefühl seiner Ueberlegenheit und Stärke dem Gegner nicht in Teilgefechten geantwortet, sondern eine große Schlacht geschlagen und diese gewonnen. Der Nationalsozialismus antwortete auf wochenlange Lügen der Gegner durch die Tat, und diese Tat heißt Lippe.

Der Judenfront graute schon lange vor dieser Abrechnung. Mit Entsetzen sahen die Nachläufer Schleichers von links bis rechts diesem Tage entgegen, von dem sie dunkel ahnten, daß er alle Prophezeiungen und Hetzereien vom angeblichen Niedergang der NSDAP. Lügen strafen würde. Die Juden, Marxisten und Reaktionäre versuchten daher auch schon in geschickter Weise vorzubeugen und die Landtagswahl in Lippe zu bagatellisieren. Ein „prominentes jüdisches Organ, die zionistische „Frankfurter Zeitung", ging sogar so weit, es als unfair zu bezeichnen, daß die Nationalsozialisten das arme Land wegen einer so unbedeutenden Landtagswahl mit all ihren ersten Kräften überschwemmt hätten.

Nun, der Nationalsozialismus konnte diesem aufgeregten Getue abgewirtschafteter Interessentenklüngel gegenüber kühl bis an Herz hinan bleiben. Uns ist es gleichgültig, ob wir für eine Reichstagswahl, eine Landtagswahl oder eine Kommunalwahl kämpfen. Unsere Ziele sind nicht Mandate, unser Ziel ist nicht Stimmengewinn an sich, uns geht es um Deutschland, um die Befreiung unseres geknechteten Volkes von den finanzkapitalistischen Ketten des November-Marxismus und der mit ihm verbündeten Börsenreaktion. Wir wollen, daß es anders wird in Deutschland, und deshalb kämpfen wir, ganz gleich wo. Verbissen, zäh bis zum Aeußersten jede Möglichkeit ausnutzend.

Bei Betrachtung des zahlenmäßigen Wahlergebnisses ist zu berücksichtigen, daß die Wahlbeteiligung nicht ganz die Höhe erreichte wie bei der letzten Reichstagswahl. Was die absoluten Ziffern anbelangt, so ergibt sich eine Zunahme der NSDAP um fast 5000 Stimmen. Das bedeutet einen ganz ungeheuren Erfolg, einen Erfolg, der auch dem einfältigsten und verbohrtesten Gegner klar machen muß, daß die Systemlinge aller Schattierungen sich wie immer in den letzten Jahren geirrt haben. Die Sozialdemokratie hat gegen die letzte Reichstagswahl vom November 1932 einen stimmenmäßigen Gewinn zu verbuchen. Gegen die letzte Landtagswahl in Lippe ist der Verlust allerdings erheblich. Er prägt sich in 2 Mandaten aus. Die Kommunisten sind nach der Aufblähung vom November 1932 schwer

(Fortsetzung siehe Seite 2)

Rote Mehrheit in Lippe gebrochen

Nach dem amtlichen Gesamtergebnis wurden von 120 503 Wahlberechtigten 98 451 Stimmen abgegeben. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 81,7 v. H.

	Stimmenzahl *)		Mandatsziffer *)	Prozentzahl *)	
NSDAP	38844	(2708 / 33038)	9 (—)	39,6	(34,7)
SPD	29735	(31300 / 25782)	7 (9)	30	(27,1)
KPD	11026	(4939 / 14601)	2 (1)	11,1	(15,4)
DNVP	5923	(9410 / 9377)	1 (3)	6,1	(9,9)
DVP	4352	(9798 / 3613)	1 (3)	4,4	(3,8)
Landvolk	700	(6321 / 509)	— (2)	0,7	(0,5)
Staatspartei	830	(4457 / 538)	— (1)	0,8	(0,6)
Kath. Volksvertr.	2531	(2288 / 2479)	— (—)	2,7	(2,6)
Ev. Volksd.	4510	(— / 4064)	1 (—)	4,6	(4,3)

Damit ist eine Mehrheit von NSDAP, DNVP und DVP mit 11 von 21 Mandaten sichergestellt, während jede andere Regierungsbildung ausgeschaltet wird.

*) Die Ziffern in Klammer unter der Rubrik „Stimmenzahl" sind die Ergebnisse der Landtagswahl vom 6. 1. 29 und der Reichstagswahl vom 6. 11. 32. Die Ziffern in Klammer unter der Rubrik „Mandatsziffer" die Mandate der Landtagswahl vom 6. 1. 29. Die Ziffern in Klammer unter der Rubrik „Prozentzahl" sind die Hundertsätze bei der Reichstagswahl vom 6. 11. 32.

So wählten die Lippischen Städte

Detmold

NSDAP 3 605 (3 088); SPD 2 544 (2 033); DVP 993 (874); DNVP 1 001 (1 653); LW 8 (—); KPD 667 (965); Staatsp. 111 (98); LV 465 (430); EW 693 (741).

Lage

NSDAP 1937 (1659); SPD 1017 (894); DVP 362 (366); DNVP 181 (341); LW 8 (—); KPD 524 (664); Staatsp. 65 (90); LV 66 (95); EW 242 (250);

Horn

NSDAP 635 (576); SPD 490 (469); DVP 134 (107); DNVP 122 (192); LW — (—); KPD 104 (152); Staatsp. 19 (8); LV 53 (38); EW 42 (78).

Lemgo

NSDAP 2511 (2347); SPD 1543 (1336); DVP 325 (252); DNVP 433 (762); LW 37 (—); KPD 1140 (1294); Staatsp. 78 (43); LV 161 (165); EW 491 (469).

Salzuflen-Schötmar

NSDAP 3812 (3338); SPD 2634 (2501); DVP 348 (249); DNVP 438 (812); LW 10 (—); KPD 851 (1283); Staatsp. 70 (68); LV 492 (475); EW 481 (374).

Sieg auch in Breslau

100% Nationalsozialisten

Wir erobern die Breslauer Regierung und das Polizeipräsidium

Breslau, 15. Januar. (Eigene Drahtmeldung) Bei den Wahlen zum Beamten-Ausschuß der Breslauer Regierung und des Breslauer Polizei-Präsidiums konnten die Nationalsozialisten einen geradezu beispiellosen Sieg errringen. Obgleich sich die Gegner der deutschen Freiheitsbewegung zu einer Angstgemeinschaft von den Deutschnationalen bis zur KPD zusammengeschlossen hatten, erlitten sie eine furchtbare Niederlage.

Die Wahl endete mit einem 100prozentigen Sieg der Nationalsozialisten, die allein sämtliche Sitze des Beamten-Ausschusses erobern konnten.

Die Wahlen zum Beamtenausschuß des Breslauer Polizei-Präsidiums endeten mit einem gleichen glänzenden Ergebnis.

Gewaltige Hitler-Kundgebung in Weimar

Die thüringischen Staatsminister an der Spitze des Propagandazuges — Die Partei kehrt zu ihren alten Angriffsmethoden zurück

Weimar, 16. Januar. Die Amtswalter des Gaues Thüringen der NSDAP. hielten am Sonntag in Weimar eine Tagung ab. An der Spitze des Propagandamarsches der SA, SS, Hitler-Jugend marschierten die nationalsozialistischen thüringischen Minister, Staatssekretäre und Abgeordneten. Auf dem Marktplatz zogen die Abteilungen an Adolf Hitler vorbei, der nach dem Wahlkampf in Lippe nach Weimar gekommen war. Der Führer hielt eine kurze Ansprache, die eine erneute scharfe Kampfansage an die Gegner des Nationalsozialismus war. Zu Beginn seiner Rede ging er auf die Wahl in Lippe ein, die erneut beweisen würde, daß die Bewegung weiter siegreich fortschreite.

Die Wahl werde den Herren in Berlin die Hoffnung, daß der Nationalsozialismus zum Stillstand gekommen sei, gründlich austreiben.

In den nächsten Wochen werde man erleben, daß die Partei zu ihren alten Angriffsmethoden und zur rücksichtslosen Entschlossenheit zurückkehre. Die derzeitige Reichsregierung sei bereits vom 1. Tage ihres Wirkens an vom Mißgeschick und Unglück verfolgt. Sie werde diese Aufgabe nicht erfüllen können. Auch dieses Kabinett würde vergehen, aber die Bewegung des Nationalsozialismus bleibt bestehen. Wir geloben, so schloß er unter stürmischem Beifall, daß wir diesen Kampf weiterführen, ihn nicht aufgeben und von ihm nicht lassen, bis am Ende das Ziel erreicht ist und ein anderes Deutschland vor uns steht.

SA marschiert!

Gewaltiger SA-Aufmarsch in Berlin

Berlin, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Wieder einmal marschierten am Sonntag in Berlin die braunen Kolonnen unserer SA durch die Straßen der Reichshauptstadt. Im Neuköllner Stadion hielt die Untergruppe der SA Berlin-Ost ihren Generalappell ab, zu dem die einzelnen Formationen der Untergruppe mit klingendem Spiel aus allen Stadtteilen anmarschiert kamen.

Gruppenführer Graf Helldorf eröffnete den Appell mit einem Gedenken an die Opfer des deutschen Volkes im Kampfe um seine Freiheit und begrüßte darauf herzlich die SA-Kameraden, die durch die Amnestie ihre Freiheit wieder erlangt hatten.

Der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels hob in einer Ansprache hervor, daß die Bewegung und der Führer auf ewig zusammengehörten und sich niemand finden werde, der den Führer und damit die Idee des deutschen Sozialismus verraten würde. Wer dem Führer die Treue breche, der schlösse sich selbst aus unserer Kampfgemeinschaft aus, der sei von dem Tage an allein und ohne Gefolgschaft. Die 600 000 Mann SA und SS seien Garant dafür, daß das mit Opfern und Blut begonnene Werk zum siegreichen Ende geführt werde.

Stahlhelmer kommen zu Hitler

In Friedeberg (Neumark) sind sämtliche Mitglieder einer Stahlhelmgruppe in Stärke von 40 Mann geschlossen zur NSDAP übergetreten.

Lippe!

(Fortsetzung von der 1. Seite)

zusammengehauen worden. Sie waren mit den Hugenbergern, die ebenfalls eine schwere Niederlage erlitten, seinerzeit die Gewinner der Papen-Aera. Es zeigt sich jetzt, daß das Volk das Verhängnisvolle des Papen-Schleicher-Kurses erkannt hat, und daß mit dem präsidialen Zauber nicht mehr viel Staat zu machen ist. Von den übrigen Parteien zu sprechen lohnt sich kaum. Sie sind zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, und haben das verdient.

Ganz unübersehbar werden die politischen Folgen des Lippe-Wahlergebnisses sein. Mögen die Systemgazetten heute und in den nächsten Tagen sich noch so bemühen, Lippe als einen bedeutungslosen Ausnahmefall hinzustellen; so steht eines fest: Der Nationalsozialismus hat nach dem intriguierenden Ränkespiel der Papen-Schleicher seine alte Stoßkraft wiedererlangt. Die durch den Führer selbst vorgenommene Reorganisation hat ihre ersten Früchte gezeitigt. Die nationalsozialistische Welle ist im neuen Ansteigen begriffen. Das Volk hat erkannt, daß Hitler der große staatspolitische Führer des deutschen Volkes ist. Das Lippe-Wahlergebnis ist ein untrügliches Vertrauensvotum der besten Teile des Lippe-Volkes — und man kann ohne weiteres sagen auch des deutschen Volkes — für Adolf Hitler, der in jeder Hinsicht politisch recht behalten hat. Es zeigt sich jetzt wieder, daß der Nationalsozialismus tatsächlich die letzte Hoffnung der Nation ist. Fast 40 Prozent eines Landesteils — und damit der ganzen Nation — haben instinktiv die Größe und den Idealismus der nationalsozialistischen deutschen Freiheitsbewegung erkannt. Sie haben sich für Hitler ausgesprochen und es dem Führer gedankt, daß er die Bewegung freigehalten hat von den Schlacken liberalistischer Kompromißpolitik.

Lippe ist uns untrüglicher Beweis für die ungebrochene Kampfkraft der Bewegung vom Führer bis zum letzten SA-Mann. Lippe ist uns Beweis für die ungebrochene Kraft der Idee des Nationalsozialismus, dem jetzt wieder neue Wählermassen zuströmen werden.

Lippe ist uns Beweis, daß der Nationalsozialismus trotz aller gehässigen Verleumdungen und trotz der riesigen Summen, die das Börsenkapital gegen uns aufwendet, in den Marxismus eingedrungen ist. Die rote Herrschaft des Juden Fechenbach im Hermannsland ist gebrochen. Ein Mandat hat die Hitlerbewegung der Deserteurfront abgetrotzt. Und zum letzten: Lippe bedeutet eine Niederlage ohnegleichen für Herrn von Schleicher, dessen Politik seit Jahren darauf abzielte, die nationale Front zu zersetzen und zu zersplittern, um dem Klüngel- und Interessentenwesen wieder neuen Aufschub zu geben.

Lippe ist ein Fanal! Bis hier her und nicht weiter! Das mögen sich in Berlin die intriguierenden Kreise gesagt sein lassen, die mit den verwerflichsten Mitteln den Aufbruch der deutschen Freiheit zu sabotieren versuchen!

Jetzt vorwärts zu neuem Kampf, zu neuen Siegen bis der Gegner vor dem Volke am Boden liegt, bis die Schicksalswelle unseres Volkes von der nationalsozialistischen Bewegung erzwungen werden kann. Hitler an die Macht!

Die neueste Judensensation

Pg. Ley zum Fall Fuhrmann

Detmold, 16. Januar.

Die jüdisch-marxistische Presse berichtet in großer Aufmachung, daß der frühere Bezirksleiter von Lippe, Dr. Fuhrmann, aus der NSDAP. ausgetreten sei. Die Persönlichkeit des Dr. Fuhrmann wird am besten gekennzeichnet, durch die folgenden Feststellungen des Stabsleiters der P.O.:

Dieser Mann hat die Stirn, sich auf die Reichsorganisationsleitung und deren früheren Leiter, Gregor Straßer zu berufen. Hierzu habe ich zu erklären:

Vor etwa dreiviertel Jahren wurde Dr. Fuhrmann wegen Unfähigkeit und ewiger Differenzen vom Gauleiter Dr. Meyer seines Amtes als Bezirksleiter enthoben. Auf seine Beschwerde bei der Reichsorganisationsleitung habe ich ihm seinerzeit auf Wunsch und mit Willen Gregor Straßers bestätigt, daß die Reichsorganisationsleitung nicht nur die Amtsenthebung für richtig hielte, sondern darüber hinaus dem Gauleiter Dr. Meyer anempfohlen hätte, ihn, wenn notwendig, sofort aus der Partei zu entfernen.

Das ist Dr. Fuhrmann, der „Hüter" nationalsozialistischer Grundsätze.

Detmold, den 12. Januar 1933

Der Stabsleiter der P.O.

Dr. Robert Ley

Aufsehenerregende Enthüllungen

Kommunisten wollen losschlagen!

Gewaltige Bürgerkriegsvorbereitungen Moskaus — Schleicher sieht zu!

Berlin, 16. Januar.

Während in der Wilhelmstraße die Leiter des Geschickes dieses am Boden liegenden deutschen Volkes einen Kampf aller gegen alle führen, gehen die Vorbereitungen Moskaus zum Vorwärtstreiben der bolschewistischen Revolution in Deutschland ihrem Ende entgegen. Die von Moskau nach hier gesandten Agenten, darunter zahlreiche geschulte Techekisten, haben breits ein dichtes Netz über das ganze Land gezogen, ihre geheimen Meldestellen besetzt und

harren nur des Befehls zum Losschlagen.

Die Nachrichtenbüros mit in jeder Beziehung modernen Apparaten sind ausgeprobt, die Funkstationen hergerichtet, sie werden von besonders ausgebildeten Leuten bedient. Besondere Organisationen dehnen sich vor allem über die Großstädte und Industriellenbezirke aus, wo man sich in unermüdlicher, peinlich genauer Arbeit Gewißheit über die **Lage aller Fabrikanlagen**, ihre jetzige Bewachung und die Möglichkeit ihrer überraschenden Besetzung verschafft hat. Bestimmte Gruppen sind mit Zeichnungen ausgerüstet auf denen die **Sprengöfen der Brücken und Eisenbahnlinien**, die zerstört werden sollen, genau bezeichnet sind. Die **Dynamitvorräte**, meist aus Diebstählen in den Bergwerken herrührend, oder über holländische oder auch schweizerische Grenze eingeschmuggelt, sind in besonderen Depots niedergelegt und harren ihrer Verwendung. Ueberall sind die Terrorgruppen mit meist **vollständig neuen Schußwaffen** ausgerüstet, die in den Waffenfabriken von Lüttich gekauft worden sind. Die Zellen in der Reichswehr und der Polizei sind wesentlich vermehrt worden. Die Bearbeitung derselben mit Flugblättern und geheimen Zeitungen wird ununterbrochen fortgesetzt. **Vor wenigen Tagen sind**

aus Moskau Agenten eingetroffen,

die sämtliche Vorbereitungen geprüft und die Anlagen einer Besichtigung unterzogen haben. Die „Kontrolleure" werden zuerst in der Sowjetbotschaft Unter den Linden, wo sie als Angestellte geführt werden und unter dem Schutze der Exterritorialität stehen, unterwiesen, bevor sie in die Provinz hinausgehen, um die Funktionäre mit den **neuen Richtlinien der Komintern** vertraut zu machen, die um die Jahreswende ausgegeben worden sind. Darin wird vorgeschrieben, was die „Sektionen" zu tun haben. **Durch zahllose, immer wieder wiederkehrende planvolle Ueberfälle** der kommunistischen Mordbanditen auf Nationalsozialisten und nationalsozialistische Verkehrslokale, durch **Plünderungen** von Lebensmittelgeschäften in den Großstädten, durch **Krawalle** vor und in den Rathäusern und Wohlfahrtsämtern, durch dauerndes Im-Alarmzustand-Halten der Polizei sollen feindliche Verbände und Sicherheitsorgane **langsam mürbe gemacht werden.**

Große Kundgebungen und Streiks örtlicher Natur, gefolgt von politischen Massenstreiks, sollen möglichst gleichzeitig an verschiedenen Orten inszeniert werden. Als Kerntruppe hierbei gelten die „roten Wehrstaffeln", die militärisch ausgebildet und gut bewaffnet sind.

Die letzten Vorbereitungen zu dem großen Schlage, zu dem die Kommunisten „hoffen,

Ende Februar oder spätestens Anfang März,

auszuholen zu können, sind auf der Tagung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei getroffen worden, auf der Stalin und Molotow den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft verkündet haben, der zunächst

in dem nach Ansicht Moskaus für den Bolschewismus besonders reifen Deutschland begonnen werden soll.

Nach dem Eingeständnis Stalins ist das Ergebnis des wirtschaftlichen Fünfjahresplanes ein klägliches, wenn man sich aus Mühe gibt, das nach Kräften zu verbergen und der Welt Sand in die Augen zu streuen. Der militärischen Fünfjahresplan, das heißt die Organisierung der Weltrevolution, hält **man dagegen für vollendet und vollauf gelungen.** Die Sowjetunion setzt diesen Apparat jetzt deshalb in Bewegung, um durch umstürzlerische Aktionen außerhalb Rußlands, zuerst in Deutschland, **von der geradezu verzweifelten Wirtschaftslage Rußlands abzulenken.**

Es ist bekannt, daß Moskau mit voller Absicht diesen Schlag gegen Deutschland in die Tat umsetzen will,

bevor Adolf Hitler zur Macht kommt, denn es weiß genau, daß diese Gelegenheit niemals wiederkehren kann, wenn Adolf Hitler erst Reichskanzler ist.

Man weiß bei der Kommunistischen Partei in Deutschland sehr wohl, daß ihre letzte Stunde geschlagen hat, sobald ihr der Nationalsozialismus mit ungehemmter Wucht entgegentreten kann.

Straßer und Schleicher

Pg. Hauptmann Göring durchschaut das Lügengewebe der jüdischen Schleicher-Konzern-Gazetten

Berlin, 16. Jan. (Eigenbericht.) Die Schleicherfront von Thälmann bis Hugenberg hat sich in den letzten Tagen, wohl als letztes Wahlmittel für Lippe, krampfhaft befleißigt, den Eindruck zu erwecken als ob Pg. Gregor Straßer sich für den Neuaufrich des finanzkapitalistischen Schleicherkabinetts als Aushängeschild benutzen ließe. Diese Kombinationen nach bewährtem jüdischen Muster waren ebenso töricht wie lächerlich. Pg. Hauptmann Göring hat in einer letzten Wahlversammlung in Lippe (in Salzuflen) dieses Lügengewebe der Gegner mit einem Schlage zerhauen, indem er Gregor Straßers Stellung zu Schleicher mit folgenden Worten charakterisierte:

„Im Auftrage internationaler Mächte versuchen diese Herrschaften Zwietracht in die Bewegung zu tragen. Erst haben sie den Führer von uns trennen wollen, indem sie ihn auf einen nebensächlichen Posten abschieben wollten, heute versuchen sie das Volk dem Führer zu entfremden durch die Verbreitung der ungeheuerlichsten Lügenparolen. Aber das soll ihnen alles nichts helfen. Wie der Führer uns treu geblieben ist, so halten wir ihm die Treue, und nichts gibt es, das uns veranlassen könnte, jenen Geistern die Freude unseres Verrats zu machen. Führer und Bewegung, die sind ein Fels, an dem sich alle die Zähne ausbeißen werden."

Pg. Goering widerlegte dann die neueste Zweckläge der Reaktion, den neuesten Torpedierungsversuch des Herrn Schleicher, dessen Agitatoren augenblicklich mit Gregor Straßers Sympathien für Schleicher und seine Pläne hausieren gehen.

Pg. Goering erklärte, daß es in Wahrheit keinen fanatischeren Hasser des Herrn Schleicher gäbe als Gregor Straßer. Gregor Straßer habe ihm, Goering, persönlich vor kurzer Zeit erklärt, daß er es sich zur besonderen Ehre anrechne, daß er (Straßer) es gewesen, der den Führer von seiner guten Meinung über Schleicher abgebracht habe. Er (Straßer) hasse Schleicher und wisse, daß er einer der unfähigsten Köpfe sei, die jemals an der Stelle des Reichskanzlers gesessen. Schleichers einziges Bestreben sei lediglich darauf gerichtet, die nationalsozialistische Bewegung zu zerschlagen.

Die Verhandlungen in Berlin beginnen

Herr von Schleicher wankt — Der Nationalsozialismus und Adolf Hitler sind nicht zu trennen

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 15. Januar. Der wankende Herr von Schleicher muß nun, kurze Zeit vor Zusammentritt des Reichstages, den letzten Versuch unternehmen, um eine Basis zu finden, auf der er und seine Paladine mit einem gewissen Grad von Sicherheit Platz finden können.

Wieder werden politische Verhandlungen der kommenden Woche den Stempel aufdrücken. Eingeweihte Kreise sprechen davon, daß Herr von Schleicher die Führer sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, hören und nacheinander vor die Frage stellen wird, ob sie sich vor seinen Wagen spannen lassen wollen.

Wir werden den Ereignissen der kommenden Woche mit kühler Gelassenheit entgegensehen. Wir werden uns durch noch so raffiniert angestrichene Fallen und Intriguen und durch noch so geschickt ausgestreute Zweckkombinationen nicht auf einen Weg leiten lassen, dessen Ziel nicht dasselbe Ziel ist, für das wir seit 13 Jahren unausgesetzt kämpfen. Im Lager des Herrn von Schleicher soll man sich darüber klar sein, daß der Nationalsozialismus, d. h. seine Kräfte des deutschen Volkes, die gewillt und befähigt sind, mit neuen Idealen und mit neuen Mitteln ein neues Deutschland zu bauen, in unverbrüchlicher Treue zu dem Manne stehen, dem sie es zu verdanken haben, daß sie den Glauben an Deutschland wieder gefunden haben.

Der Nationalsozialismus ist Adolf Hitler und Adolf Hitler ist der Nationalsozialismus.

Das ist eine einfache Selbstverständlichkeit. Und alle Bemühungen, den Führer von der Bewegung oder die Bewegung vom Führer zu trennen, müssen schon deshalb scheitern, weil diese Versuche genau so aussichtslos sind, wie der Versuch der Quadratur des Kreises.

Die Opfer, die für die Erreichung unseres Zieles gebracht wurden, verbieten es uns, auf halbem Wege stehen zu bleiben und für augenblicklich höchst zweifelhafte Erleichterungen die Idee und die Verwirklichung der Idee zu verraten und unmöglich zu machen.

Wir sehen in Herrn von Schleicher den letzten Exponenten des bürgerlich-kapitalistisch-liberalistischen Systems. Wir bekämpfen nicht Herrn von Schleicher, weil wir an seine Stelle gesetzt genau so versagen würden wie er aus seiner ganzen bürgerlichen Halbheit heraus versagen mußte, sondern wir bekämpfen Herrn von Schleicher, weil wir nicht frivol genug sind, die verschiedenfarbig angestrichenen Geldsäcke mit der Verelendung und der Not unseres 68 Millionen-Volkes zu erkaufen.

Wir wollen an die Macht, weil wir den Mut in uns selber tragen, weil wir den Mut fühlen, die gigantische Aufgabe, die das Schicksal uns stellen wird, zu lösen, und weil wir wissen, daß nur bei uns jene Kräfte zu finden sind, die eine neue und bessere Zukunft gestalten können und weil nur wir frei sind von den hemmenden Schlacken eines morschen Zeitalters.

Wenn Herr von Schleicher, der mit seinem Kabinett jetzt schon eine Katastrophe erlebt, glaubt, das Wrack dadurch wieder flottmachen zu können, daß er irgendwelche Leute an Bord nimmt, dann mag er sich darüber klar sein, daß selbst für den unmöglichen Fall, daß eine Ausnahmlmannschaft zustande kommt, die schweren Schäden des Schiffes ein erfolgreiches Manövrieren verhindern müssen.

Schleicher „warnt" die NSDAP

aber nicht Rotmord — Neue Terrormaßnahmen in Sicht!

Berlin, 16. Januar. Der Reichskanzler v. Schleicher läßt auf seine Ankündigungen in seiner Rundfunkrede hinweisen, nach denen er nötigenfalls die Aufhebung gewisser Zwangsverordnungen vorschlagen wollte. Schleicher hat damals bekanntlich angekündigt, er lasse keinen Zweifel, daß er nötigenfalls mit den schärfsten Maßnahmen vorgehen werde, wenn mit den in Aussicht gestellten Lockerungen der Zwangsverordnungen Mißbrauch getrieben werde. Damals erklärte der Kanzler, wie berichtet, eine entsprechende scharfe Verordnung liege bereits fertig ausgearbeitet vor, er werde sie aber nur veröffentlichen, wenn er dazu gezwungen werde.

Nunmehr läßt Herr v. Schleicher von „zuständiger Stelle" eine neue „Warnung" veröffentlichen, in der die Herausgabe der erwähnten Verordnung nochmals in Aussicht gestellt wird. Es wird erklärt, in den letzten Tagen seien sowohl in der Presse, als auch in Aufrufen von Organisationen Tatsachen zu verzeichnen, die Ruhe und Ordnung in erheblichem Maße zu stören geeignet seien. Weiter heißt es, es werde sogar offen zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefordert.

Wer da glaubt, Herr v. Schleicher habe hier etwa die tagtägliche bolschewistische Umsturzhetze im Auge, die Woche für Woche ihre Opfer fordert, der ist leider im Irrtum. Vielmehr läßt Herr von Schleicher ausgerechnet angesichts der Hochspannung durch seine Kriegserklärung an das Landvolk in dem Zusammenhang erklären, es müsse auf eine Entschließung des Pommerschen Landbundes hingewiesen werden, in der die Bauern aufgefordert würden, ihre Scholle bis zum letzten zu verteidigen.

Auch mit dieser in ihrer Form höchst angreifbaren Warnung und Ankündigung zeigt der Reichskanzler v. Schleicher nur nochmals, daß er nicht der Mann ist, zu dessen Staatsführung die deutsche Oeffentlichkeit das nötige Vertrauen haben könnte.

Judas Hoffnungen enttäuscht

Pg. Stegmann steht zu Hitler

Berlin, 16. Januar. Wie die Reichspressestelle der NSDAP. mitteilt, hat der frühere SA.-Gruppenführer von Mittelfranken, Pg. Wilhelm Stegmann, folgende Erklärung schriftlich abgegeben:

„Ich war heute bei meinem Führer. Da ich einsehe, daß mein Verhalten von ihm mit Recht aufgefaßt wurde, habe ich aus Eigenem mein Reichstagsmandat zu seiner Verfügung gestellt und ihm versprochen, als Parteigenosse in Treue und Gehorsam meine Pflicht zu tun. gez. Wilhelm Stegmann".

Industrie und Landvolk / Deutschbewußte Industriekreise verurteilen die Quertreibereien

des jüdisch verseuchten Reichsverbandes der deutschen Industrie

Wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau" erfährt, steht es fest, daß der Reichsverband der deutschen Industrie sich mit seiner gegen den Reichs-Landbund gerichteten sachlich aber die gesamte Landwirtschaft treffenden Kundgebung nicht auf eine einheitliche Billigung durch die Industrie berufen kann. **Immerhin ansehnliche Industriezweige, insbesondere die durch die Produktionsmittellieferung mit der Landwirtschaft verbundenen Gruppen (und nicht zuletzt in Westfalen), lehnen es mit Entschiedenheit ab, sich der Entschließung des Reichsverbandes der Industrie anzuschließen.** Man befürchtet in diesen Industriekreisen, daß die gerade aus dem Geschäftsgang der betreffenden Firmen hervorgehende notarische Verelendung der Landwirtschaft bei Fortsetzung des Papierkrieges mit solchen nur aus der Gedankenwelt der Konzern-Wirtschaftsbürokratie verständlichen Kundgebungen das Landvolk zu Verzweiflungsaktionen treiben könnte, deren Schaden in erster Linie die Industrie zu tragen haben würde. Es ist völlig unverständlich, daß ausgerechnet jetzt von industrieller Seite die „Preisschere" damit bagatellisiert wird, der Landwirtschaft fließe durch die hohen Steuern der Industrie, durch die Osthilfe und sonstige „Subventionen" soviel industrielles Kapital zu, daß die Preisschere ausgeglichen wäre. **Auch in den gesamten Industriekreisen** wird eine solche Auffassung als frivol bezeichnet, **weil ja bekanntlich die Subventionen für Banken und Industrie erheblich größere Summen verschlungen haben als die Unterstützung für die Landwirtschaft, und weil außerdem der Preissturz für die Industrie auf die vielfältigste Art seit Jahr und Tag erheblich stärker ist, daß er auch bei Erfüllung aller landwirtschaftlichen Forderungen für die Landwirtschaft wirksam werden würde.** Man verweist daher in diesen Kreisen, die trotz der überragenden Bedeutung der von ihnen vertretenen Industrien sich offensichtlich doch noch nicht im Reichsverband der Industrie haben durchsetzen können, darauf daß nicht nur die Notlage der Landwirtschaft, sondern auch die heutige Krise der Industrie wesentlich auf die handels- und wirtschaftspolitischen Fehler von 1924/30 zurückzuführen sei und daher gemeinsam ein Weg zur Aenderung der Verhältnisse gesucht werden müsse. Wolle man sich dieser Notwendigkeit verschließen, so könne man es der Landwirtschaft nicht verdenken, wenn sie nun ihrerseits einen rücksichtslosen Kampf gegen die Beseitigung jeglichen Industrieschutzes führen werde. Die verhängnisvollen Auswirkungen eines solchen inneren Wirtschaftskrieges brauchen nicht erst geschildert zu werden. Die Schicksalsverbundenheit zwischen allen Berufsständen hat niemals ernsthaftere Bedeutung gehabt als in der heutigen Notzeit. Dementsprechend kommt es auch niemals mehr als heute auf eine ehrliche Zusammenarbeit an.

Pg. Willikens spricht vor Danziger Bauern

Danzig, 16. Januar. Am Sonnabend und in der Danziger Sporthalle fine von den Nationalsozialisten einberufene große Landvolkkundgebung statt. Auf der Kundgebung sprach unter anderem auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Landbundpräsident Willikens. Er sprach über die Einstellung der Nationalsozialisten zum Bauerntum und schilderte insbesondere die Verhandlungen der Landbundführer mit dem Reichspräsidenten. Er erklärte, daß es ihn tief berührt habe zu sehen, welchen Eindruck die Schilderungen der Bauernnot auf den Reichspräsidenten gemacht habe. Die Beziehungen seien von der Regierung nur abgebrochen worden, weil die Minister vor dem Reichspräsidenten in Gegenwart der Vertreter der Bauern gewissermaßen wie Angeklagte Rede und Antwort über die zur Linderung der Not der Bauern getroffenen Maßnahmen hätten stehen müssen. Die Reichsregierung habe nicht das Recht zu behaupten, daß die Vertreter des Landbundes die Erklärung, wegen der es zum Abbruch der Beziehungen gekommen sei, hinter dem Rücken der Regierung veröffentlicht hätten, denn diese Erklärung sei schon zweieinhalb Stunden vor der zweiten Unterredung, bei der die Minister hinzugezogen gewesen seien, in der Reichskanzlei abgegeben worden.

g. Darré zum Wirtschaftskonflikt

Ein offener Brief an den Kanzler

München, 16. Januar. Der Leiter des Amts für Agrarpolitik, Pg. Darré, hat unter dem 13. Januar an den Reichskanzler von Schleicher einen offenen Brief gerichtet, aus dem wir die wesentlichsten Stellen nachfolgend wiedergeben:

„... Es ist lächerlich, wenn man heute mit Parlamentsbeschlüssen und Regierungserklärungen die Exportindustrie, welche ihren Absatzmarkt verloren hat, künstlich wieder lebendig machen will durch Hineinpumpen von Geldmitteln, über die der Staat zwar die Verfügung hat, die aber aufgebracht wurden durch die Steuergroschen des gesamten Volkes.

„... Es ist lächerlich, wenn man heute **dem wirtschaftlichen Wirrwarr, in dem sich Deutschland befindet:** Der ist, der deutschen **Industrie eine Absatzmöglichkeit zu suchen. Und hier bietet sich an und ist zunächst auch als einziger Ausweg zur Verfügung: Einen neuen Absatzmarkt vom Binnenmarkt her aufzubauen; die entschlossene Hinwendung zum Binnenmarkt ist heute der einzige Ausweg, unsere arbeitslos gewordene Industrie wieder in Arbeit zu setzen.**

Einen Binnenmarkt baut man aber nur von der Landwirtschaft herauf. Auch dies ist eine Binsenwahrheit. Daher meistert keine einzige deutsche Regierung die heutige Lage in Deutschland anders, als durch ein entschlossenes Herumwerfen des Staatsruders in Richtung des Binnenmarktes ..."

Gegen Ende des Briefes weist dann Pg. Darré nochmals darauf hin, daß der Zusammenstoß infolge des Verhaltens der Regierung kommen mußte und schließt das Schreiben mit den Worten:

„... Aber die Schuld, daß dies überhaupt möglich wurde, tragen Sie, ausschließlich Sie, Herr Reichskanzler."

Doch Vorstoß des Reichsrates gegen die Margarine-Verordnung?

Ein Antrag der Hansestädte

Hamburg, 16. Januar. (Eigene Meldung) Der Senat der Freien Stadt Hamburg hat im Einvernehmen mit dem Senat von Bremen und Lübeck im Reichsrat beantragt, gemäß Art. 67, Absatz 2 der Reichsverfassung die zuständigen Ausschüsse des Reichsrates zu der Beratung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Butterbeimischungszwang hinzuzuziehen. Damit scheint der schon lange angekündigte Vorstoß des Reichsrates in der Frage der Margarine-Verordnung nun doch Wirklichkeit zu werden. Es ist anzunehmen, daß sich auch eine der kommenden Vollsitzungen des Reichsrates mit der Verordnung über den Butterbeimischungszwang befassen wird.

Verschleppungsmanöver im Fall Brolat

Keine Haftentlassung!

Berlin, 16. Januar (Eigenbericht) Der Haftentlassungstermin im Fall Brolat ist für den sozialdemokratischen Bonzen negativ verlaufen. Das Gericht hält den dringenden Verdacht, daß Brolat bewußt unter seinem Eid die Unwahrheit gesagt hat, sowie den Fluchtverdacht für gegeben. Auch eine Sicherheitsleistung würde nach Ansicht des Gerichtes den Fluchtverdacht nicht beseitigen.

Die Verteidiger Brolats haben, wie jetzt gemeldet wird, beantragt, die Erklärungsfrist auf die Anklage auf zwei Wochen zu erweitern. Unverständlicherweise ist diesem Antrag, der ganz zweifellos wieder einmal das übliche Verschleppungsmanöver darstellt, stattgegeben worden. Durch die Erweiterung der Erklärungsfrist kann der Meineidsprozeß gegen Brolat im Januar nicht mehr stattfinden.

Schleicher auf dem Rückzug

Hindenburg billigt die Haltung des Landbund-Präsidiums / Vollstreckungsschutz nur eine Atempause für den Bauern

Berlin, 16. Jan. (Eigenbericht.) Trotz des Abbruches der Beziehungen der Reichsregierung zu der Vertretung der deutschen Landwirtschaft muß jetzt schon nach Ausbruch des Konfliktes, angenommen werden, daß die Aktion des Reichslandbundes heute schon zu einem Einlenken der Reichsregierung geführt hat, das in einem merkwürdigen Gegensatz zu den schroffen Erklärungen des Herrn von Schleicher steht. Wie wir erfahren, hat der Reichspräsident noch Freitagabend das Kabinett ersucht, ihm selbst über die Vorarbeiten für die geforderte Notverordnung über den Vollstreckungsschutz Bericht zu erstatten. Tatsächlich haben daraufhin Mitglieder der Reichsregierung, darunter der Reichskanzler, den Reichspräsidenten aufgesucht und die Fertigstellung der Verordnung bis spätestens Mitte dieser Woche in Aussicht gestellt.

Aus diesem immerhin beachtlichen Vorgang dürfte zum mindesten hervorgehen, daß der Reichspräsident durch den sachlichen, in jeder Weise begründeten Vortrag des Reichslandbundpräsidiums und durch die scharfe Entschließung des Landbundes zu der Erkenntnis gekommen ist, daß die Lage der deutschen Landwirtschaft unhaltbar geworden ist und daß sich die bisherige Passivität des Reichskabinetts auf dem Gebiete der Agrarpolitik nicht mehr weiter verantworten läßt. Wie wir schon kurz nach dem Empfang des Reichslandbundpräsidiums beim Reichspräsidenten melden konnten, hat der Reichspräsident die anwesenden Mitglieder des Kabinetts in Gegenwart der Mitglieder des Reichslandbundpräsidiums ersucht, die Forderung der Landwirtschaft und des Landbundes, sofort einen wirksamen Vollstreckungsschutz auf dem Wege der Notverordnung zu ermöglichen, zu realisieren.

Herr von Schleicher ist diesem Ersuchen jetzt nachgekommen, trotzdem er es abgelehnt hatte, auf die Forderungen und Wünsche des Reichslandbundpräsidiums überhaupt einzugehen. Nach der ganzen Situation ist anzunehmen, daß Herr von Schleicher inzwischen eingesehen hat, daß dieser Rückzieher, seiner immer mehr wankenden Position entsprechend, zum mindesten taktisch notwendig war. Für den Fall, daß die Verordnung über den Vollstreckungsschutz schon in den nächsten Tagen erlassen werden sollte, so ist jetzt schon festzustellen, daß eine derartige Maßnahme selbstverständlich nur die Erfüllung einer an sich unbedeutenden Teilmaßnahme darstellt, durch die die Krise der Landwirtschaft naturgemäß nicht einmal berührt werden kann.

Die Not der westfälischen Bauern / Geschlossen hinter dem Landbund — Ein Telegramm nach Berlin

Dortmund, 16. Jan. (Eigenbericht.) Die Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und dem Reichslandbund haben in landwirtschaftlichen Kreisen ein lebhaftes Echo gefunden. Das dauernde Absinken aller Preise für landwirtschaftliche Produkte und insbesondere die besorgniserregende Entwicklung des Preisstandes für die sog. Veredelungsprodukte haben starke Erregung in der Landwirtschaft hervorgerufen. Die wiederholten Versprechungen der gegenwärtigen und der vorhergehenden Regierung, denen bisher eine Erfüllung nicht gefolgt ist, haben weiter eine starke Erschütterung des Vertrauens zu amtlichen Verlautbarungen zur Folge.

Mit Recht wird aus bäuerlichen Kreisen darauf hingewiesen, daß die Verelendung der Landwirtschaft heute ein Ausmaß angenommen hat, wie es früher selbst unter marxistischen Regierungen nicht für möglich gehalten wurde.

Die energische Haltung des Reichslandbundes, der die Führung in dem Kampfe um die Erhaltung des Bauerntums übernommen hat, hat bei seinen Mitgliedern lebhaften Anklang gefunden. Allgemein begegnet man der Auffassung, daß bei Fortführung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der Zusammenbruch vieler landwirtschaftlicher Existenzen in absehbarer Zeit mit Sicherheit bevorsteht und daß es in einer solchen Lage die Pflicht der Berufsorganisation ist, in deutlicher und unmißverständlicher Form die Regierung auf die katastrophalen Folgen dieser Entwicklung hinzuweisen.

In Erkenntnis dieser Lage hat sich

der Westfälische Landbund „Ruhrgebiet" zu Dortmund

hinter seine Spitzenorganisation, den Reichslandbund, gestellt und dessen Kampf seine Unterstützung zugesagt. Das nachstehende Telegramm an den Reichslandbund gibt Zeugnis von der in der Industrielandwirtschaft vertretenen Auffassung:

„Industrielandwirtschaft begrüßt zielbewußte Haltung des Reichslandbundes bei Verteidigung deutschen Bauerntums als Grundlage nationaler Wirtschaft und verspricht treue Gefolgschaft. Westfälischer Landbund „Ruhrgebiet" Dortmund."

Unbelehrbare Liberalisten

Bochumer Handelskammer-Präsident gegen die Landwirtschaft!

Bochum, 15. Januar. (Eigener Bericht). Der Präsident der Bochumer Industrie- und Handelskammer, Oberbergrat a. D. von Velsen, führte in der letzten Vollversammlung u. a. aus, daß Industrie und Handel alle Maßnahmen zurückweisen müßten, die politisch spekulativer Natur seien, die der Landwirtschaft nicht helfen, sondern den deutschen industriellen Export stören und damit die innere Krise verstärken.

Mit den Maßnahmen spekulativer Natur meinte der Präsident der Bochumer Handelskammer offenbar die von der Landwirtschaft geforderten und von der Industrie bekämpften Kontingente für landwirtschaftliche Produkte. Den Beweis, daß die Kontingentierung der landwirtschaftlichen Einfuhr der deutschen Landwirtschaft nicht helfe, ist Herr von Velsen schuldig geblieben. Es dürfte ihm wohl auch kaum gelingen, diesen Beweis zu erbringen. Um was es ihm eigentlich geht, das hat er im zweiten Teil des zitierten Satzes ja deutlich ausgesprochen. Er fordert nämlich **Unterstützung und Förderung des industriellen Exports.** Vom Standpunkt der Exportindustrie mag er damit recht haben. Wir fragen uns nur, **wie der** Vorwurf, daß die Landwirtschaft **mit** Forderung nach Kontingenten **aus spekulativen Gründen** erhebe, mit der von der Industrie gerade erst wieder so nachdrücklich betonten Landwirtschaftsfreundlichkeit zu vereinbaren ist. Daß die Einführung von Kontingenten für die deutsche Landwirtschaft eine Lebensfrage ist, weiß nachgerade in Deutschland jedes Kind. Auch Herr von Velsen wird das zugeben müssen. Die Ausführungen des Präsidenten der Bochumer Handelskammer lassen aber eines deutlich erkennen: Die Landwirtschaftsfreundlichkeit der Industrie ist nur so lange vorhanden, wie Maßnahmen, die zum Schutze der Landwirtschaft durchgeführt werden, der Exportindustrie in den Kram passen

Bauernnot in Zahlen

In marxistischen Kreisen ist man der Ansicht, daß unser wirtschaftliches Dilemma mit der großen Berücksichtigung der Landwirtschaft in den letzten handelspolitischen Abschlüssen mit dem Ausland zusammenhängt.

Wie unrichtig dieser Standpunkt ist, beweist die immer weiter abwärts sinkende Preisbewegung für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse während des letzten Jahres. Obwohl der Landwirt bei Beginn für Ochsen nur noch 68 Prozent, für Schweine nur noch 72 Prozent und für Kühe nur noch 43 Prozent der Vorkriegspreise erhielt, ging es bis zum Jahresende mit den Preisen auf einen ungeahnten Tiefstand herunter. Ochsen erreichten nur noch 58 Prozent, Schlachtkühe nur noch 41 Prozent des Vorkriegspreises je Zentner.

Aehnlich ging es mit dem Getreidegeschäft. Ende 1931 kostete die Tonne Roggen 187 Mark, am 1. September 1932 nur noch 160 Mark und Ende 1932 wieder 5 Mark weniger, also 155 Mark. Auch Weizen und Hafer preise rutschten bedenklich ab.

Damit nicht genug, setzte auch noch der Preissturz auf dem Buttermarkt ein. Während der Jahre 1924 bis 1929 kostete die Butter pro Doppelzentner noch 350 Mark. Jetzt, Ende 1932 waren die Bauern froh, wenn sie ihre Butter mit 180 Mark pro Doppelzentner los werden konnten.

Diese Zahlen dürften beweisen, daß die marxistischen Urteile über die Gründe der Wirtschaftskrise auf eine bewußte Irreführung und beabsichtigten Mord der nationalen Wirtschaft abgestellt sind.

Steuerstreik in Frankreich?

Paris, 16. Januar. Als das Kabinett Paul-Boncour nach dem Sturze Herriots die Regierungsgewalt übernahm, war man sich vollkommen klar darüber, daß sein Schicksal von der Lösung der Finanz- und Haushaltsfragen abhängen würde. Das Defizit des Staatshaushaltes im Betrage von mehr als 13 Milliarden Franken hing vom ersten Tage an als Damoklesschwert über den Häuptern der Regierung und Herriot wußte vermutlich, was er tat, als er die Verantwortung auswich und sich lieber über die Schuldenfrage zu Fall bringen ließ. Der Name des Senators Cheron bedeutet in Frankreich ein Programm und es war zu erwarten, daß er nicht vor ebenso durchgreifenden wie unpopulären Maßnahmen zurückschrecken würde. Andererseits aber mußte jeder Kenner der französischen Mentalität von vornherein damit rechnen, daß nicht nur die Kammer und der Senat, sondern darüber hinaus die ganze Oeffentlichkeit gegen die Steuer- und Sparpolitik Sturm laufen werde. Am Geldbeutel gepackt, wird der Franzose sehr ungemütlich und heute ist es soweit, daß die Gefahr eines Steuerstreiks in bedrohliche Nähe rückt.

Der Beauftragte des Bankkapitals

Dr. Luther warnt vor Arbeitsbeschaffung!

Berlin, 16. Januar. (Eigenbericht.) Reichsbankpräsident Dr. Luther hat sich in seiner letzten Breslauer Rede auch mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung befaßt. So willkommen die Arbeitsbeschaffung in sozialer Hinsicht auch sei, so führte der Reichsbank-Präsident aus müsse man sich doch darüber klar sein, daß, je größer die Vorbelastung künftiger Jahre durch Leistung in der Gegenwart sei, um so geringer der Spielraum für eine spätere Senkung der Steuern werden müsse. Jede Arbeitsbeschaffung nehme der zukünftigen Konjunktur sowohl hinsichtlich der Steuersenkung, sowie hinsichtlich der materiellen Seite Möglichkeiten weg.

Daß Herr Dr. Luther sich bis zur Stunde nur als Beauftragter des Bankkapitals innerhalb eines Institutes, das sich Deutsche Reichsbank nennt, versucht hat, ist uns bekannt. Daß der Reichsbankpräsident es aber wagt, diese seine Einstellung auch mit den oben wiedergegebenen Aeußerungen in der Oeffentlichkeit zu vertreten, dürfte so ziemlich der Gipfelpunkt der Dreistigkeit sein.

Ist die Natur zweckmäßig?

Von Professor Dr. H. Wohlbold-München.

Der Laubfrosch, der auf dem Blatte sitzt, ist grün, der Schmetterling ist weiß, damit sie ihren Verfolgern entgehen. Die Schlupfwespe legt ihre Eier mit Hilfe eines Legestachels in Raupen und Puppen, damit die ausschlüpfenden Larven sogleich Nahrung finden. Die ganze Natur, so sagt man immer wieder, ist äußerst zweckmäßig eingerichtet. Nur gut angepaßte Individuen setzen sich auf die Dauer durch, kommen dann schließlich zur Fortpflanzung und erhalten die Art. So hat seit undenklichen Zeiten eine ganz mechanische, aber doch höchst wirksame Auslese sie gefunden, deren Resultat die Natur in der heutigen Daseinsform ist.

Gegen diese hier mit wenigen Worten umrissene Ansicht ist schon vieles gesagt worden. Man hat auf diesen oder jenen Fall hingewiesen, in dem sich natürliches Geschehen ganz unzweckmäßig vollzieht. Die Teleologen können erwidern, daß die Ausnahme nur die Regel bestätigt. Aber es gibt noch einen ganz anderen Standpunkt. Der Ochse hat Hörner um zu stoßen. So ist die allgemeine Ansicht. Goethe sagt einmal, die Frage nach dem Warum der Hörner sei falsch gestellt. Man müsse ganz anders fragen: Wie ist es möglich, daß der Ochse Hörner hat, mit denen er dann stößt? Das ist eine vollständige Verschiebung des Standpunktes. Goethe beantwortet die Frage auch in seinem Sinn. Er weist darauf hin, daß dem Ochsen die Schneidezähne des Oberkiefers fehlen und daß dieser selbst im vorderen Teil nicht verknöchert sei. So findet hier gewissermassen eine Materialersparnis statt, und es bleibt an einer Stelle des Organismus etwas weg, was dafür an einer anderen Stelle verwendet werden kann. Das Beispiel, das wir wählten, um einen von der teleologischen Auffassung durchaus abweichenden Standpunkt zu zeigen, ist sehr einfach. Aber es hat umfassende Hintergründe. Es setzt, wenn wir das Problem in ein paar Worte fassen wollen, an die Stelle des Zweckes den Zusammenhang. Der Mensch handelt zweckmäßig, er tut etwas Bestimmtes, weil er damit ein ihm vorschwebendes Ziel zu erreichen glaubt. Die Natur kennt keine Zwecke und Ziele im menschlichen Sinn. Organismen wollen sich nicht, wenn auch unbewußt, anpassen. In der Natur gibt es nur Zusammenhänge, Totalitäten, die in sich harmonisch sind. Gerade so etwas wie die Farbenanpassung — wir gingen vom Laubfrosch aus —, die sogenannte Schutzfärbung, ist außerordentlich viel diskutiert, behauptet und bekämpft worden. Sie verliert ihre Problematik, aber auch die in sie gelegte Bedeutung, sobald man sie unter dem Gesichtspunkt des Naturharmonischen betrachtet.

Wir sind es gewohnt, zu atomisieren, indem wir denken. Der Stein, den wir vom Boden aufheben, ist uns etwas für sich Bestehendes. Wir lassen ihn los, er fällt zur Erde. So sagen wir, sie übt eine Anziehungskraft auf ihn aus. In Wirklichkeit ist die Annahme einer hypothetischen Kraft gar nicht notwendig. Der Stein gehört zur Erde. Indem wir ihn aufheben, haben wir einen natürlichen Zusammenhang gelöst, der sich im Fallen des Steines wiederherstellt. Der Stein für sich ist eine Abstraktion; er könnte nicht existieren, wenn nicht die ganze Erde da wäre. Ebenso ist ein Strauch, auch nur ein Grashalm für sich allein nicht möglich. Er braucht die Erde, aus der er wächst, ebenso wie den Gang der Sonne durch die Tierkreiszeichen, der den Wechsel der Jahreszeiten bedingt, braucht die Wolke, die ihm Regen spendet, die Luft, das Licht, die Wärme. Man kann sagen — und diese Auffassung ist die gewöhnliche — das alles ist die „Ursache" seines Daseins, die Bedingung seines Wachstums. Aber das ist allzu menschlich gedacht. Denkt man, anstatt atomistisch, dynamisch, so geht man statt von Einzeldingen von einem Ganzen aus. Eine dynamische Vorstellung wird nicht Einzelindividuen an den Anfang ihrer Betrachtung setzen, um das Ganze als Zusammenspiel der Teile zu erklären. Sie betrachtet das Ganze und sucht die Teile so, wie sie sind, dadurch zu begreifen, daß sie in jeder Einzelheit das Ganze sucht. Aus der Idee des Ganzen heraus und in ihrem Sinn ist das Einzelne gebildet in seiner Form, seiner Farbe, seiner Wirksamkeit.

Die Natur — auch das hat Goethe ausgesprochen, als er in Italien mit der griechischen Kunst vertraut wurde — schafft nach den gleichen Prinzipien, nach denen die Griechen ihre Kunstwerke bildeten. Der Künstler geht von einer Idee aus, nach der er ein Werk gestalten will. Die Plastik, das Gemälde — was immer es sei — ordnet die Teile harmonisch aus der Idee des Ganzen. Sie fügen sich nicht so zusammen, daß sie einander gegenseitig bedingen, sondern so, daß jeder sich dem Dienste der Gesamtidee unterstellt. Man wird dagegen einwenden, daß eine solche Auffassung nicht von wissenschaftlicher, sondern von künstlerischer Betrachtung ausgehe. Aber man kann auch sagen, daß hier die Wissenschaft zur Kunst wird. Darüber zu streiten, was „richtiger" ist, hat keinen Sinn. Es handelt sich nur darum, daß nach dieser Methode die Natur anders als sonst angesehen wird. Sollte es nicht möglich, ja notwendig sein, auf verschiedene Weise an die Welt heranzutreten und sich mit ihr auseinanderzusetzen? Ist nur eine Art der Weltbetrachtung absolut richtig? Es gibt viele Möglichkeiten, die neue Seiten enthüllen können. Im vorliegenden Fall wird es sich darum handeln, was man will. Die heutige Wissenschaft sucht kausale Zusammenhänge und betrachtet die Natur physikalisch. Alle Naturbetrachtung will in die Physik münden und alle Physik in die Technik. Eine dynamische Anschauung will das Erlebnis und durch das Erlebnis Einsicht in die Ideen, die in der Natur schöpferisch wirken. Sie sieht daher in der Weltentwicklung nicht eine Folge von Vorgängen, deren früherer immer den späteren bedingt, kein Zweckwirken, das Ziele anstrebt. Für sie ist das All ein Ganzes, das sich in Harmonien auslebt, die in ewigem Wandel und Wechsel, immer neu und doch immer das gleiche offenbarend, zugleich Spiel sind und Offenbarungen letzter, ewiger Ideen.

Nur noch wenige Tage

rücksichtslos
herabgesetzte
Inventur-Preise
für Buddeberg-Qualitäten



Buddeberg

Bielefeld. Niedernstrasse 5-9

Druckarbeiten

liefert schnellstens in guter Ausführung die

Buchdruckerei Vactew Herford

Hämelingerstr. 6

Alle vorkommenden

Buchbinderarbeiten

werden schnellstens ausgeführt.

Zeitschriften, Bücher aller Art,
Einbinden von Noten, Werken
Musterbücher

Carl Titgemeyer - Herford

Hämelingerstrasse 6 Fernruf 3668.

Kohlen

Koks Briketts
sowie prima Brennholz erhalten Sie preiswert bei
Pg. W. Flaskämper
Wohnung Luisenstr. 18a Lager Mittelstr 41
Telefon 4160

Wohnung

Beamter mit 1 Kind sucht Nähe Bahnhof sofort vier Zimmer u. Küche Preis bis 60 RM. Angebot unter 169 an den Westf. Beob. Bielefeld, Goldstr. 15

Suche einen redegewandten
Herrn
zum Besuch von Privatkundschaft. Offerten unter Nr. 168 an den Westf. Beobachter in Herford.

STADT THEATER Bielefeld

Heute 16.1. 20-22.30 Geschl. Vorst. f. d. B.-V.-B.
Schuster Anton Hitt
Schauspiel v Ortner

Di 17.1. 20-22.30 Ab. A 17 Pr. II
Erstaufführung!
Der Kuhreigen
Musik. Schauspiel v. Kienzl

Mi. 18. 1. 16-19
Wir fahren zum Weihnachtsmann
20—22.30 Ab. B 17 Pr. II
Schuster Anton Hitt

Diese Preise beachten!

Ia Bohnerwachs ca. 560 gr.	Dose	0.39
Ia Schuhcreme	Dose	0.10
Abrazzo-Ballen 40 gr.	Stück	0.10
Sanitas-Toilette-Krepp	3 Rollen	0.28
Butterbrotpapier extra groß	2 Rollen	0.25
Thermosflasche Original	Stück	0.50
Gummi-Wärmflasche	Stück	1.00
Bernstein Fußboden'ack-farbe verbürgte Qual. Kilod.		1.00

Seifenhaus Drewes
Bielefeld Niedernstr. 35

Unterstützt unsere Inserenten

Büchertisch

Sämtliche hier besprochenen Schriften sind in der Bacfew-Buchhandlung zu haben.

Deutscher Arbeitsdienst 1933.

Der Reichsarbeitsminister und Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst Dr. Syrup, der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und Präsident des Deutschen Landgemeindetages Dr Gereke, sowie führende Persönlichkeiten der im Arbeitsdienst tätigen Fachverbände und politischen Organisationen aller Richtungen, wie auch führende Frauenverbände haben in dem ersten Januar-Heft der Zeitschrift „Deutscher Arbeitsdienst" dem zweimal monatlich erscheinenden Zentralorgan der Arbeitsdienstbewegung das Wort zu den bisherigen Erfahrungen und der zukünftigen Gestaltung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, insbesondere im neuen Jahr, genommen. Interessierten Kreise dürfte dieses Heft eine unentbehrliche, wertvolle und bleibende Informationsquelle sein. Dieses Heft ist direkt vom Verlag „Deutscher Arbeitsdienst" Berlin SW. 11 Dessauerstr. 26 zum Preis von RM. 0,30 zu beziehen. Bei größeren Bestellungen Preisermäßigung.

Das neue Deutschland.

Aus dem Januarheft:

„Schaut hin, es dämmert schon der Morgen - Ein neues Frührot steigt bereits - Am Himmel auf, es bannt die Sorgen - Das Zeichen mit dem Hakenkreuz - Die Hämmer dröhnen, Essen rauchen - Es winkt der Arbeit goldner Schein." Wie immer schmücken außer kraftvollen Gedichten unseres Wollens und unserer Weltanschauung auserlesene Bilder (vor allem schneebedeckte Bergriesen) das inhaltreiche Heft, dessen Kunstbeilage Albrecht Dürers „Ritter, Tod und Teufel" in mustergültiger Wiedergabe zeigt. Auf einem dieser Bilder sieht man die Führer der nationalsozialistischen Juristen; ein anderes vom Adolf Hitler Haus in Berlin stiftete Pg. Dr. Goebbels. Freudig und zielbewußt gearbeitet weckt auch dieses Heft der Zeitschrift „Das neue Deutschland" Dank, Freude und Siegeszuversicht bei ihren Lesern.

Die Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg brachte vor Weihnachten drei neue Bücher von Carl Theodor Strasser heraus: „Sachsen und Angelsachsen" „Die Nordgermanen" und „Wikinger und Normanen". In diesen Büchern, auf klarer wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut, mit vielen guten Bildern ausgestattet, erleben wir den Werdegang eines stolzen, kraftvollen Volkes, das Wachsen und Blühen einer herrlichen Kultur, die von unseren Vorfahren geschaffen wurde. Strassers Darstellung ist plastisch, man sieht die geschilderten Personen vor sich, lebt kämpft und leidet mit ihnen; man fühlt sich mit ihnen zu tiefst verbunden. Und man ist stolz, daß man sagen kann: „Sie gehören zu uns, wir sind Blut von ihrem Blut". Das hat Strasser auch wohl gewollt, uns zu zeigen, daß wir stolz sein dürfen auf unsere Vorfahren, daß wir zu ihnen gehören, trotz allem! So sind diese drei Bücher ein hohes Lied auf deutsche Kraft und deutschen Geist.

Freundlich
möbliertes
Zimmer
Herford
Lübberstrasse 9

Makulatur
hat abzugeben
Vactew. Herford.

wo. hilft Parteigenossen mit
350 RM.
aus. Offerten an den Bielefelder Beobachter, Bielefeld, Goldstr 15.

Aufzeichnen
von Stickereimustern
Geschw. Essmann
Herford,
Kurfürstenstr. 1

Bielefelder Beobachter

Etwas vom Leben und Sterben in unserer Stadt

Das Standesamt Bielefeld gibt jetzt eine interessante Statistik aus dem Jahre 1932 heraus. Hier sind in nüchternen Zahlen das Leben und Sterben in einer Großstadt, des Lebens ernste und freudige Ereignisse aufgezeichnet.

Im vergangenem Jahre wurden auf dem Standesamte

1232 Geburten

gegen 1374 des Vorjahres gemeldet. Unter den Geborenen waren 15 (14) mal Zwillinge. In Krankenhäusern und Privatkliniken wurden 359 (444) geboren. Von den Müttern wohnten in unserer Stadt 1127 (1245) und außerhalb 105 (129). Unter den Lebendgeborenen waren 604 (707) männlichen und 328 (666) weiblichen Geschlechts und 71 (69) unehelicher Herkunft.

Es starben in Bielefeld 943 (977) Personen. In den 943 Sterbefällen sind 46 (49) Totgeburten enthalten. Weiter wurden 3 (1) Kriegssterbefälle nachträglich beurkundet, sodaß die beurkundete Gesamtzahl an Kriegssterbefällen nunmehr 2307 beträgt. Von den Verstorbenen (einschl. Totgeburten) waren 432 (493) männlichen und 511 (481) weiblichen Geschlechts. In hiesigen Krankenhäusern starben 340 (339) Personen.

Die meisten Sterbefälle sagen, genau wie im Vorjahr, in der Altersgruppe zwischen 60—80 Jahren. In diesem Alter starben 165 männliche und 220 weibliche Personen.

Sonst starben im 1. Lebensjahr 29 männl. und 27 weibl., im Alter von 1—20 Jahren 26 männl. und 18 weibl., im Alter von 21—40 Jahren 55 männl. und 61 weibl., im Alter von 41—60 Jahren 99 männl. und 104 weibl., im Alter von 61—80 Jahren 165 männl. und 220 weibl., im Alter von 81—90 Jahren 31 männl. und 56 weibl., im Alter von über 90 Jahren 3 männl. und keine weibl. Personen.

Von den Verstorbenen waren 105 männl. Personen, bezw. 103 weibl. Personen ledig; 226 männl. bezw. 180 weibl. Personen verheiratet; 78 männl., bezw. 188 weibliche Personen verwitwet und 8 weibliche Personen geschieden.

Die häufigste Todesursache war die Krebskrankheit, an ihr starben 40 männl. und 83 (!!) weibliche Personen. An zweiter Stelle rangieren die Herzkrankheiten mit 38 männl., bezw. 46 weiblichen Personen. Auch die Lungentuberkulose forderte wieder zahlreiche Opfer und zwar wurden durch sie 33 männliche und 30 weibliche Personen dahingerafft. Gegen das Jahr 1931 bedeutet das eine Zunahme von insgesamt 9 Fällen, bei den Männern 4 und bei den Frauen 5. Die Selbstmörder sind mit insgesamt 25 Fällen vertreten, davon entfallen auf das männliche Geschlecht 13 und auf das „schwache" 12. 2 Frauen endeten durch Mord bezw. Totschlag.

Die Zahl der **Eheschließungen** betrug im verflossenem Jahre 993. Das sind, trotz der schlechten Zeiten 4 mehr als im Jahre 1931. Es schlossen 986 (981) deutsche Männer und 976 (978) deutsche Frauen und 7 (8) Ausländer und 17 (11) Ausländerinnen die Ehe. Die Zahl der Randvermerke über geschiedene oder nichtig erklärte Ehen betrug 72 (74) und zwar verteilen sich diese auf Bielefeld mit 65 und die früheren Standesämter Schildesche 2 und Sieker 5.

Von den Ehepaaren erreicht das jüngste ein Alter von zusammen 35 und das älteste ein Alter von 144 Jahren. Ein Verlobter war 72 und die Braut 71 Jahre alt

Mietsgutsscheine.

Vom Magistrat wird uns geschrieben:

Ueber die Ausgabe der Mietsgutscheine des Städt. Wohlfahrtsamtes scheinen sowohl bei den Unterstützten, als auch in der Oeffentlichkeit Unklarheiten zu bestehen. Es sei daher nochmals klargelegt:

Die Einführung der Mietsgutscheine bedeutet keine Kürzung der Unterstützung. Es werden sonderlich die Sondermietbeihilfe als auch der in der Richtsatzunterstützung enthaltene Mietanteil, selbstverständlich nur bis zur Höhe der tatsächlichen Miete, nicht mehr in Bargeld, sondern mit Gutschein gezahlt.

Diese Gutscheine geben die Unterstützungsempfänger ihren Hauswirten ab, die ihrerseits damit ihre städtischen Steuern entrichten können. Ist das Steuerkonto ausgeglichen, zahlt die Hebestelle den auf den Gutschein vermerkten Betrag bar aus. Es können in letztem Falle auch andere städtische Forderungen (Zinsen, Pachten etc.) mit den Gutscheinen beglichen werden.

Die Barunterstützungen des Fürsorgeamts A wurden halbmonatlich im voraus, die Mietbeihilfe monatlich nachträglich gezahlt. Die Gutscheine für Wohnungsmiete werden werden also Ende Januar und in den ersten Tagen des Februar für Januar ausgegeben. Um aber allen, die bisher ihre Miete im voraus zu entrichten haben, gerecht zu werden, werden die Mietbeihilfen (Mietgutscheine) in Zukunft ebenso wie die Barunterstützungen im voraus gewährt. Bei den Auszahlungsterminen Ende Januar und Anfang **Februar werden auch die Mietgutscheine für Februar ausgegeben**, sodaß auch die Hausbesitzer ihren Steuerverpflichtungen nachkommen können.

Um die Zahlungen im Januar gewährleisten zu können, mußte die Umrechnung der Unterstützungen (Kürzung der Barunterstützung und Erhöhung der bargeldlosen Mietunterstützung um den gekürzten Barbetrag) sofort vorgenommen werden. Den Wohlfahrtserwerbslosen wird die Zahlungsart ihrer Unterstützungen durch Handzettel bei der Zahlung bekanntgegeben. Den Bezirksunterstützten geben die Helfer Auskunft. Es ist nun zu beachten, daß diese Zahlungsart bei den Bezirksunterstützten am 9., bei den Wohlfahrtserwerbslosen am 16. Januar 1933 begonnen hat. Die den Unterstützungsempfängern ausgehändigten Mitteilungen über die Zahlungsart ihrer Monatsunterstützungen ist in bezug auf den bargeldlosen Mietgutschein erst ab 1. Febr. 1933 maßgebend.

Beispiel:

Unterstützung bisher monatl. bar	48.—
Mietbeihilfe	10.—
Unterstützung jetzt bar	36.—
Als Mietgutschein (bargeldlos)	22.—
Für Januar sind gezahlt bar:	
1. Januar bis 15. Januar 1933	24.—
16. bis 31. Januar 1933	18.—
Es werden am 31. Januar durch Mietsgutschein abgegolten	16.—

Der Unterstützte muß also, wenn die tatsächliche Miete 22 Mark beträgt, im Januar noch 6 Mark die er bei der Barzahlung für die erste Hälfte des Monats — 24.— Mark statt 18.— Mark — erhalten hat, zu dem Mietgutschein hinzulegen.

Bei den Bezirksunterstützungen wird für Januar entsprechend den anderen Zahlterminen der Mietgutschein um den für ein Viertel Monat in bar gezahlten Mietanteil gekürzt.

Damit dürften alle Zweifel beseitigt und die Uebergangsschwierigkeiten, die sich in Einzelfällen ergeben, beseitigt sein.

Nutz- und Brennholzverkauf

aus den städt. Waldungen findet am Donnerstag, dem 19. Januar 1933, statt. Treffpunkt 13 Uhr am Stauweiher, Dornbergerstraße. Verkauft wird öffentlich meistbietend, auf Wunsch auch gegen Kredit:

A. Nutzholz.

170 Fichtenstangen 2. und 3. Klasse und 450 Fichtenstangen 4.—7. Klasse zum Einfriedigen geeignet.

B. Brennholz.

120 rm. Buchen-Scheitholz und 60 Haufen gemischtes Buchen-Brennholz.

Das Holz wird frei angefahren.

Stadt-Theater.

Heute 20 Uhr geschl. Vorstellung für den Bühnenvolksbund. „Schuster Anton Hitt", Schauspiel von Ortner. — Der Dienstag bringt für das Abonnement die Erstaufführung von Kienzl's musikalischem Schauspiel „Der Kuhreigen" unter der musikalischen Leitung Jul. Dworzaks und der Regie von Willy Buhlmann.

Für das Mittwoch-Abonnement ist „Schuster Anton Hitt", Schauspiel von Ortner vorgesehen; ebenfalls für das Freitag-Abonnement.

Der Donnerstag bringt für das Abonnement die erste Wiederholung von „Kuhreigen" und der Sonnabend sieht die Erstaufführung — unter persönlicher Anwesenheit des Dichters — „Jagd ihn — ein Mensch", Schauspiel von Kolbenheyer vor.

Die nächsten Aufführungen unseres Weihnachtsmärchens finden statt, am Mittwoch und Sonnabend dieser und ebenfalls Mittwoch und Sonnabend nächster Woche mit dem jeweiligen Beginn um 16 Uhr.

Gehobene Fürsorge.

Ansprüche sind sofort anzumelden

Nach dem Erlaß des Reichsarbeitsministers über die Höhe der Krisenunterstützung vom 24. Dezember 1932 haben Arbeitslose die in der öffentlichen Fürsorge gehobene Fürsorge nach Abschnitt Ba und b der Reichsgrundsätze erhalten würden, Anspruch darauf daß ihre Hilfsbedürftigkeit in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und in der Krisenfürsorge vom 9. Jan. 1933 ab nach den Grundsätzen der gehobenen Fürsorge behandelt wird.

Unter den Personenkreis des Abschnitts Ba und b. der Reichsgrundsätze fallen Kleinrentner, Sozialrentner und die ihnen gleichstehenden, sowie Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Eine Erhöhung der Unterstützung kommt jedoch nur in den Fällen in Frage, in denen bisher auf Grund der Hilfsbedürftigkeitsprüfung eine Unterstützung gezahlt wurde, die unter dem Tabellensatz lag. Wurde auch bisher schon Unterstützung in Höhe des vollen Tabellensatzes gezahlt, so kann auch nach dem vorstehenden Erlaß eine Erhöhung der Unterstützung nicht eintreten, da die Tabellensätze nach wie vor Höchstsätze sind

Auf dem Hauptwochenmarktplatz ist am 1. April 1933 eine besondere für den Grohandel geeignete größere Halle zu vermieten. Eilangebote an

Magistrat Bielefeld

Pflege des westf. Volkstums.

Ein Lehrgang im Städt Museum.

Der Westfälische Heimatbund veranstaltet in Verbindung mit dem Provinzial-Institut für Landes- und Volkskunde und der Bielefelder Museumsverwaltung einen Lehrgang über

„Brennende Fragen der Pflege des westfälischen Volkstums".

und zwar am Montag, dem 30. Januar, im Vortragssaal des Städt. Museums in Bielefeld. Jeder, der an den Fragen der westfälischen Landes- und Volkskunde inneren Anteil nimmt, ist dazu eingeladen. Den Lehrern aller Schulen wird die Teilnahme durch eine Urlaubsverfügung des Provinzial-Schulkollegiums in Münster bezw. der Regierung in Minden ermöglicht.

Es sprechen:

Punkt 10 Uhr: Priv.-Doz. Dr: von Klocke über „Grundfragen der landesgeschichtlichen Arbeit".

11.30 Uhr: Priv.-Doz. Dr: Schulte-Kemminghausen "Warum treiben wir Volkskunde?"

14.30 Uhr: Priv.-Doz. Dr: von Klocke übet „Quellen zur westfälischen Geschichte und ihre Behandlung".

16 Uhr: Dr. Erich Nörrenberg über „Das westfälische Dialekt-Wörterbuch".

Nach jedem Vortrage ist eine Aussprache vorgesehen. Den Schluß der Veranstaltung bildet eine Führung von Museumsdirektor Dr. Schoneweg durch die Ausstellung „Kirchliche Kunst im Stadt- und Landkreis Bielefeld".

Der Lehrgang ist kostenlos. Für ein einfaches, preiswertes Mittagessen in verschiedenen Bielefelder Gasthäusern wird Sorge getragen. Anmeldung für den Lehrgang und besondere Angabe, ob die Teilnahme am Mittagessen gewünscht wird, ist bis zum 28. Januar zu richten an die Städt. Museumsverwaltung Bielefeld, Wertherstr. 3.

Pfarrer Hossenfelder:

„Die Grundlage unserer Weltanschauung"

Am Freitag abend sprach im vollbesetzten Saale des evangelischen Gemeindehauses an der Grünstraße der Führer der Glaubensbewegung „Deutsche Christen" über obiges Thema. Pfarrer Hossenfelder-Berlin verstand es in geradezu glänzender Art und Weise den zahlreichen Zuhörern den Sinn und Zweck des Kampfes der „Deutschen Christen" darzulegen.

Nach den Begrüßungsworten des Leiters der Bielefelder Ortsgruppe des Bundes „Deutsche Christen", des Pg. Wilke, nahm Pfarrer Hossenfelder das Wort, der ungefähr folgendes ausführte.

„Wir haben in all den letzten Jahren wieder erkannt, daß zum Leben der Kampf gehört. Dieses gilt für alle Gebiete, auch für die Kirche. Der Kampf erhält das Leben. Wir wollen kämpfen, daß unsere Kinder wieder beten lernen, daß die deutsche Jugend wieder in die Kirche kommt, wir wollen um die Seele des deutschen Menschen kämpfen. Das Thema jeden Kampfes ist das Ringen zwischen Glaube und Unglaube, zwischen Christus und Satan.

Gerade in der Jetztzeit erhält der Kampf durch die Tatsache, daß der Unglaube frech und kühn sein Haupt erhebt, eine besondere Note. Man hat es verstanden, eine breite Breche in das kirchliche Leben zu schlagen' tausende haben der Kirche den Rücken gekehrt, allein in Berlin im Jahre 1931 Achttausend Menschen. Man ist stolz darauf, Gott abgeschafft zu haben, man sieht das Lebensideal in der Sünde. Die Schuld an dieser Kirchenflucht tragen nicht die breiten Schichten, sondern die gebildeten Deutschen, kurz, die deutsche Wissenschaft. Die sog. „Gebildeten" sind zwar innerlich keine Christen mehr, sondern benutzen das Christentum zur äußeren Dekoration, während der deutsche Arbeiter in seiner Ehrlichkeit aus der Kirche austrat. Dieser organisierten Gottlosigkeit steht die Kirche fast machtlos gegenüber. Man hört wohl Proteste, hinter denen aber nicht der ganze ehrliche Wille steht.

Die „Deutschen Christen" haben diesen Mächten nun den Kampf auf Leben und Tod angesagt. Sie sind gewillt, nicht eher aus dem Kampfe zu scheiden, bis die Kirche gesiegt hat. Wir wehren uns ganz entschieden gegen den Vorwurf, wir trügen die Politik in die Kirche. Unser Ziel ist, das Millionenheer der Gebildeten und der Arbeiter, die der Kirche den Rücken gekehrt haben, zurückzugewinnen.

Wir stehen an einer Zeitwende. Hinter uns liegt das Zeitalter, das mit der Reformation begann und mit dem Weltkrieg endete. Es war das Zeitalter des persönlichen Ichs. Das jetzige Zeitalter ist das Zeitalter des Opfers, der Kameradschaft, geboren im Schützengraben. Der Mensch dieses neuen Zeitalters ist der Arbeiter, der Arbeiter der Stirn und der Faust. Das ist die Tragik unserer Zeit, daß das Bürgertum, das keine Zukunft mehr hat, diesen neuen deutschen Menschen vergeblich an die Für des Staates und der Kirche pochen läßt. Wir lassen uns jedoch in unserem Kampf nicht hemmen und es darf uns niemand übel nehmen, daß wir diesen Kampf oft rücksichtslos durchführen; denn es geht um unsere Kinder.

Unsere Gegner können wir in drei Lager einteilen. 1. Der Marxismus, der da sagt: „Das letzte in der Welt ist der Sarg". Dem setzen wir entgegen: „Das letzte in der Welt ist das Leben". 2. die Demokratie mit dem Grundsatz: „Das höchste in der Welt ist der Gewinn". Im entgegen wir: „Das höchste in der Welt ist die Arbeit". Der letzte Gegner ist die Reaktion, die auf kirchlichem Gebiet glaubt, das Evangelium in Erbpacht genommen zu haben. Doch es kommt nicht darauf an, zu halten was da ist, sonder wiederzugewinnen was verloren.

Unsere Haltung ist auf Volkstum und objektivem Evangelium abgestellt. Neben dem Evangelium gibt es keine andere Volksreligion, das Evangelium ist Antwort, Religion nur Frage nach Gott. Unsere Stellung zum alten Testament ist folgende, wir lehnen die Stellen ab, die Volksreligion sind und besahen alles das, was Antwort ist. — —

Wir erstreben die Reichskirche, die sich aufbaut auf das Evangelium, auf die Taufe und das Abendmahl als Sakramente.

Im Anschluß an diese glänzenden Ausführungen referierte Pg. Wilke noch kurz über die Bielefelder kirchlichen Verhältnisse.

Mit dem Absingen der ersten Strophe des alten Lutherischen Schutz- und Trutzliedes „Ein feste Burg ist unser Gott" fand diese erhebende Kundgebung ihren Abschluß.

Die „Deutschen Christen" befinden sich im machtvollen Vormarsch. E.

Herforder Beobachter

Der Tod des Mittelstandes.

In den letzten Jahren in denen zehntausende christlicher Existenzen vernichtet wurden und der Gesamtumsatz des deutschen Einzelhandels von Jahr zu Jahr geringer wurde, haben gerade die Juden ungeheuerlich verdient!

Nicht sprechende, nein, schreiende Zahlen sind es, die uns nachstehend erzählen, wie gewaltig die Jahresumsätze der jüdischen Unternehmungen in Deutschlands größter Not gestiegen sind:

Jüdische Karstadt-Konzern:
1924 165 Millionen
1931 351 Millionen
„Epa" Einheitspreisläden der Karstadt
1927 4,9 Millionen
1931 99,1 Millionen
Jüdischer Leonhard Tietz AG.:
1929 190 Millionen
1930 206 Millionen
„Ehape" Einheitsläden der Leonhardt Tietz AG.:
1928 25,8 Millionen
1931 71,0 Millionen
Amerikanischer Woolworth GmbH.-Konz.:
1928 165 Millionen
1931 51,0 Millionen

Deutsche Volksgenossen! Besinnt euch! Die Inventurausverkäufe locken. Wer beim Juden kauft, begeht Verrat an den in der Kampffront stehenden Brüdern und gehört nicht in unsere Reihen.

Herforder Rundfunk-Verein.

Dem Herforder Funk-Verein ist es gelungen, einige der bekanntesten Rundfunkkünstler und Mitwirkende der Lustigen Abende des Westdeutschen Rundfunks für einen bunten Abend am 29. Januar, abends 20 Uhr im großen Schützenhofsaal zu verpflichten. Alle Rundfunkhörer von Herford und Umgegend werden dieses begrüßen.

Es wirken folgende Künstler mit:

Else Schmitz, die beliebte Operetten-Sängerin, Fritz Neumann, Wilhelm Strienz, Josef Breuer am Flügel. — vom Westdeutschen Rundfunk; Jupp Hasselt, der beliebte Düsseldorfer Maler Humorist, der auch die Ansage des Abends übernimmt; Kurt Jurisch, der bekannte sächsische Komiker; Rudolf Nigul, der bekannte Accordeon-Virtuose und Franz Exner der beliebte Lautensänger.

Es werden nur nummerierte Eintrittskarten zum Preise von 0,75 bis 2,00 Mark ausgegeben. Karten sind ab Mittwoch, 18. Januar bei den durch Plakate und Anzeigen bekanntgegebenen Verkaufsstellen zu haben. Vorbestellungen werden schon jetzt von der Geschäftsstelle des Herforder Funk-Vereins, Löhrstraße 12 — Fernruf 2082 — entgegengenommen.

Da zu derartigen Veranstaltungen die Karten bisher schnell ausverkauft waren, empfehlen wir, sich Plätze sofort zu sichern.

Kleinere Fünf-Mark-Stücke

Vorläufig keine neuen Ausprägungen.

Die Oeffentlichkeit hat sich wiederholt über den ungeheueren Münzumlauf beklagt. Besonders unbeliebt sind die Fünf-Markstücke, die an Größe und Gewicht gewiß ihres gleichen suchen. Als das Reich die Prägung von Silbermünzen in größerem Umfange begann, wurde das Kontingent auf 30 Mk. pro Kopf der Bevölkerung festgesetzt. Dieses Kontingent ist tatsächlich nicht ausgeschöpft und theoretisch wäre es durchaus möglich noch für einige hundert Millionen Mark Silbermünzen in den Verkehr zu bringen. Es wird jedoch erwogen, das ungeschickt große und schwere Fünf-Markstück durch eine bequemere Münzform zu ersetzen. Mit einer baldigen Verwirklichung dieser Absichten würde die Regierung einem dringenden und immer wieder geäußerten Wunsch der Oeffentlichkeit Rechnung tragen.

Der Minden-Ravensberg'sche Landwirtschaftliche Hauptverein

hält am Dienstag, den 24. Januar, nachm. 2,30 Uhr im evangelischen Vereinshaus in Herford seine Wintertagung ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. ein Vortrag „Landw. Absatzförderung durch Qualitätserzeugung und Werbung" von Dr. Kräutle vom Deutschen Landwirtschaftsrat in Berlin und ein Vortrag „Entschuldung und Neuaufbau der deutschen Wirtschaft" von Prof. Dr. Ritter, Direktor des Instituts für Volkswirtschaft der Landw. Hochschule Berlin..

Der Umlauf an Rentenbankscheinen.

Die Reichsbank teilt mit: Auf Grund des Paragraph 15 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen vom 30 August 1924 wird bekannt gemacht, daß bis zum 31. Dezember 1932 ein Betrag von 1653161091 Rentenmark in Rentenbankscheinen eingezogen worden ist, sodaß noch ein Betrag von 327014489 Rentenmark im Umlauf verblieb. Von dieser Summe befand sich 13836946 Rentenmark in den Kassen der Reichsbank.

Zeichen der Zeit!

Sterbende Städte.

Aus den deutschen Städten mit über 50 000 Einwohnern sind im Jahre 1932 rund 150 000 Menschen ausgewandert. Das ist mehr als eine „Großstadt". Der Abwanderungsüberschuß wäre vermutlich noch größer, wenn die landwirtschaftliche Lage den Umzug nicht so erschwerte. Auch die Zahl der Städte, in denen die Sterbeziffer die Geburtenziffer übersteigt, wächst. Im Jahre 1930 war Berlin noch die einzige deutsche Stadt, in der es mehr Särge gab als Wiegen. 1931 kamen hinzu: Hamburg, München, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Altona. Im Jahre 1932 Braunschweig; Wiesbaden und Plauen. Magdeburg schied wieder aus, weil es einen geringen Geburtenüberschuß hatte; dagegen trat Breslau in den Kreis der sterbenden Städte ein. Weiter kamen hinzu Würzburg, Darmstadt, Gera, Liegnitz Frankfurt a. d. Oder, Potsdam, Kottbus und Schwerin. Von den Städten in Deutschland mit über 50 000 Einwohnern sind demnach bereits 19 Städte „sterbende" Städte. Den höchsten Sterbeüberschuß hat Potsdam mit — 3 auf das Tausend der Bevölkerung; dann folgt Berlin mit — 2,9.

Das stöhnende Brauereikapital.

Der Berliner Kindl-Brauerei scheint es nicht schlecht zu gehen, denn die Generalversammlung genehmigte eine Dividende von 14 Prozent für die Stammaktien, und dabei waren sich die Herren von vorneherein darüber klar, daß in den ersten Monaten ein Absatzrückgang von 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahre eingetreten ist.

Am Bier muß doch riesig verdient werden.

Bier-Dividenden.

Der Aufsichtsrat der Schultheiß-Patzenhofer Brauerei Berlin beschloß, eine Dividende von 4 Prozent zur Verteilung zu bringen. Die Mehrheit von 60—70 Millionen Reichsmark durch Generalbilanz-Gewinnzusammenlegen scheinen also ohne nachteilige Folgen für das Brauerei-Kapital gewesen zu sein, abgesehen von der schmalen Dividende.

Spitzengehälter

Nicht nur in subventionierten Betrieben werden riesige Spitzengehälter gezahlt, sondern dieser Unfug herrscht ganz allgemein. Die Deutsche Gold- und Silberscheide AG. zahlte im verflossenen Geschäftsjahre jedem ihrer zehn Direktoren das schöne Sümmchen von 110 000 Mark.

Wenn die Regierung ihre Erhebung über die Spitzengehälter auch auf Privatbetriebe ausdehnte, würde sie ein blaues Wunder erleben.

Billige Kinoplätze bevorzugt.

Panem et circenses. Brot und Spiele — das Brot ist knapp und die Spiele kann sich die breite Masse auch nicht mehr leisten. Die Lichtspieltheater haben auf eine Umfrage des Instituts für Konjunkturforschung mitgeteilt, daß in den Großstädten bei Theatern bis zu 300 Plätzen 67,5 Prozent, also über zwei Drittel der Besucher für eine Eintrittskarte nur 10 bis 55 Pfennig ausgeben können. In Theatern bis zu 1000 Plätzen machen die verkauften Eintrittskarten unter 55 Pfg. rund die Hälfte aus. Karten über 2,00 Mark kann sich nur jeder 500. Kinobesucher einer deutschen Großstadt leisten. Die Abwanderung aus den großen Theatern in die kleineren, billigen Theater ist zu einer Zeiterscheinung geworden.

130 447 Kraftfahrzeuge.

Autoverkehr an Deutschlands Grenzen.

Im Rahmen der umfassenden Kraftverkehrsstatistik zählt das Statistische Reichsamt auch die ausländischen Fahrzeuge, die zu vorübergehendem Aufenthalt nach Deutschland kommen.

Es waren, wie im Jahre vorher über 130 000 Wagen, davon 85 Prozent Personenwagen. Sie kamen aus Holland 36527 Schweiz 22914, Tschechei 15628, Oesterreich 13942, Frankreich 10776, Dänemark 6422, Belgien 5655. Die Zahlen beweisen, daß dieser Touristen-Verkehr von ziemlicher Bedeutung ist.

NSBO.-Kameraden! Parteigenossen!

Am Montag, dem 16. d. M., findet um 8 Uhr, im Ev. Vereinshaus die Generalmitglieder-Versammlung der NSBO. statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist selbstverständliche Pflicht. Gäste können eingeführt werden. Parteigenossen und Parteigenossinen sind zur Teilnahme an der Mitglieder-Versammlung herzlichst eingeladen.

Die regelmäßigen **Sprechstunden** in unserer Geschäftsstelle, Bügelstr. 3, finden statt von 9—12 Uhr vormittags und 6.30—8 Uhr abends. Allen, uns auch fernstehenden Volksgenossen wird kostenlos in sämtlichen Arbeitsrechtsfragen usw. Auskunft erteilt.

Die Kreisleitung der NSBO.

Tagung der Deutschen evangel. Sonntagspresse.

In der Zeit vom 3. bis 6. Januar versammelten sich in Friedrichroda etwa 60 Schriftleiter der evangel. Sonntagspresse aus ganz Deutschland und den Abtrennungsgebieten. Neben verschiedenen geschlossenen Fachberatungen waren die Hauptverhandlungs-Gegenstände: „Die Verantwortung des Schriftleiters", hierbei hielt Direktor P. Gauger aus Elberfeld den einleitenden Vortrag. Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen von Professor Hinderer, der den Lehrstuhl der Berliner Universität für Zeitungskunde inne hat. Er sprach über: „Die Massenwerbungen der Weltanschauungen und die Sonntagspresse".

Der letzte Verhandlungstag bot unstreitig den Höhepunkt der Tagung. Hier sprach der als Kulturschriftsteller in weiten Kreisen bekannt gewordene Oberpräsident a. D. August Winnig über die geistige und seelische Lage des deutschen Arbeiters in der Gegenwartssituation." Die ganzen Verhandlungen gaben Zeugnis von einem ernsten Arbeitswillen.

Unfug der Zählermiete.

In vielen Orten erheben die Gaswerke außer der Gebühr für den Gasverbrauch eine Zählermiete die meist nicht unbeträchtlich und Monat für Monat zu bezahlen ist. Diese besondere Gebühr ist kaufmännisch und unter dem Gesichtspunkt des Dienstes am Kunden nicht zu rechtfertigen. Der Gasverbraucher legt keinerlei Wert darauf, daß das Gaswerk seinen Verbrauch messe; das liegt einzig im Nutzen des Lieferanten. Der Kaufmann, der beim Verkauf eines Stoffes eine Gebühr für Abnutzung seines Meterstabes erheben wollte, würde dem Gelächter seiner Kunden verfallen. Will man aber dem Gaswerk ein Recht zubilligen, für die erste Anlage, also für das Aufstellen des Messers, eine Gebühr zu erheben, und selbst diese in hohem Betrage, nämlich eine ganze Anzahl von Monaten lang, so fällt jedes moralische Recht dazu weg, wenn der Gasverbraucher soviel bezahlt hat, wie der Gasmesser neu kostet. Denn dann stellt sich diese Mestermiete schlechthin als eine Sondergebühr dar. Und übrigens ist die Bezeichnung „Miete" auch innerlich unwahr, denn man mietet naturgemäß nur etwas, wovon man selbst Nutzen hat.

Ein Herforder Gasverbraucher zahlt in 10 Jahren nicht weniger als 90 Mark Miete für einen Zähler, dessen Herstellungspreis zwischen 3 und 5 Mark liegt. Das ist noch ein Geschäft!

Hauptschriftleitung Dr. Lück
Verantwortlich für Politik: Dr. Lück i. V. H. Haase, für Lokales H. Haase; für Sport E. Wernet; für Unterhaltung und Anzeigen Carl Fitgemeyer sen., sämtliche in Herford
Für den Bielefelder Teil H. Ette.

Adolf Hitlers Vorfahren

2.

(Fortsetzung und Schluß.)

Eine auffallende Tatsache bei den neueren Generationen der Hitlers ist die, daß die Söhne immer um ein Bedeutendes jünger sind als die Väter. Des Führers Vater war 52, der Großvater 45 Jahre, als die Söhne geboren wurden.

Der väterliche Großvater war vor seiner Verheiratung Einwohner und Müllergeselle in Thürnthal. Er hieß Johann Georg Hiedler und stammte von dem Bauernhof Nr. 36 in Spital. Die Großmutter Anna Schicklgruber, die schon erwähnt ist, stammte aus Strones in Niederösterreich, Pfarramts Döllersheim, wo ihr Vater die erste Bauernstelle innehatte und wo die Vorfahren schon um 1700 als Bauern saßen. Der mütterliche Großvater Johann Pölzl war Bauer in Spital auf dem Hof Nr. 37 und heiratete die Tochter vom Hof Nr. 36 daselbst, Johanna Hüttler. Die mütterliche Großmutter Adolf Hitlers war also eine Verwandte des Vaters, denn ihr Großvater Martin Hüttler, Bauer in Nr. 36 in Spital, ist auch der Vater des Müllergesellen Johann Georg Hiedler in Thürnthal.

Der Führer schildert in seinem Werk wie sein Vater von zu Hause als Knabe fortgeht und nach Wien wandert, wo er ein Handwerk lernt und sich dann mühsam zum Beamten emporarbeitet. Erst als er sein Ziel erreicht hat, stattete er der Heimat wieder einen Besuch ab, dort wird er dann seine dritte Frau, des Führers Mutter, als Tochter seiner Base kennengelernt haben. Der erste väterliche Urgroßvater Adolf Hitlers war der schon erwähnte Bauer Martin Hüttler in Spital, der dann mütterlicherseits eine Generation höher nochmals wieder unter den Vorfahren des Führers vorkommt. Er war in Walterschlag in Niederösterreich geboren, wo schon sein Vater Johann und Großvater Stephan Hiedler ansässig waren. Martin, der nach Spital zog, war mit der von Spital geb. Bauerntochter aus dem Hof Nr. 15, Anna Maria Göschl, Tochter der Eheleute Leopold und Anna Maria Göschl, verheiratet, sein Vater Johann Hiedler mit Anna Maria Neugschwandner, Tochter des Johann N. in Walterschlag und dessen Ehefrau Magdalena aus Windhack. Hitlers väterliche Großmutter Maria Anna Schicklgruber war, wie gesagt, eine Bauerntochter aus Strones, Johannes S. und der Theresia Pfeisinger aus Dietreichs eheliche Tochter. Die beiderseitigen Großeltern Jacob Schicklgruber zu Strones und Theresia Filipp aus Mottenstein sowie Matthias Pfeisinger und seine Ehefrau Klara zu Dietreichs stammten ebenfalls aus bäuerlichen Familien ihrer Heimatorte, wo deren Eltern Jacob und Eva Schicklgruber zu Strones und Johann Pfeisinger zu Dietreichs und Katharina Salomon, eine Bauerntochter aus Nieder-Plöttbach noch in den Kirchenbüchern von Döllersheim vorkommen.

Die Eltern des mütterlichen Großvaters von Adolf Hitler, des Bauern Johann Pölzl in Spital, waren der Bauer Laurenz Pölzl auf Nr. 37 in Spital und Juliane Wallie aus Groß-Wolfgers, die Großeltern väterlicherseits der Bauer auf Nr. 37 in Spital Johann Pölzl und Theresia Ledermüller, Bauerntochter aus Spital Nr. 28, sowie mütterlicherseits Franz Anton Wallis-Bauer in Groß-Wolfgers Nr. 8.

Von der mütterlichen Großmutter ist schon erwähnt, daß sie eine geborene Hüttler war. Ihr Vater Johann von Nepomuk Hüttler, Bauer in Spital Nr. 36, war ein jüngerer Bruder des Müllergesellen Johann Georg Hiedler in Thürnthal, infolgedessen sind seine Vorfahren schon aufgezählt. Die Frau des Johann von Nepomuk Hüttler, Eva Maria Decker, stammte aus dem Bauernhof Nr. 9 in Thaures, ihr Vater Josef Decker, Döcker oder Tecker war mit Theresia Hinterlechner, Bauerntochter aus Windhag verheiratet. Josefs Vater Martin Tecker war 1696 in Thaures geboren, sein Vater Georg Tecker war aus Windhack nach Thaures gezogen und in Windhack sind die Hinterlechnerschen Vorfahren noch drei Generationen weiter zurück in den Kirchenbüchern von St. Wolfgang in Nieder-Oesterreich zu verfolgen.

Ziehen wir also die Schlußfolgerung aus der Ahnentafel des Führers der nationalsozialistischen Bewegung, so können wir feststellen, daß seine Vorfahren mit Ausnahme seines Vaters, der als uneheliches Kind als Hoferbe nicht in Frage kam und sich infolgedessen zum Beamten emporarbeitete, rein bäuerlichen Ursprungs sind. Dies Ahnen-Unterbewußtsein hat wohl den Führer, obgleich er bis vor kurzem von seinen Vorfahren fast nichts wußte, auch immer veranlaßt, auszusprechen, daß ein gesunder, blühender Bauernstand die Grundlage eines Staates sein muß. An eine Sozialisierung oder Kollektivierung des Bauerntums, wie man es ihnen von deutschnationaler Seite so gerne unterschieben möchte, um die Bauern als Wähler zu behalten, denkt weder Hitler noch seine Bewegung. Denn gerade die Quelle aller nationalen Auftriebskraft steckt im deutschen Bauerntum und man würde sie durch Sozialisierung der bäuerlichen Betriebe zum Versiechen bringen.

Mindener Beobachter

Kleine Meldungen.

Nachdem bereits am 15. Dezember die Vorlage, betr. Prüfung der städtischen Verwaltungsorganisation durch die Wirtschafts-AG. deutscher Städte und die Revision der Kämmereikasse durch eine Treuhandgesellschaft von der Stadtverordnetensitzung zurückgestellt worden war, hat man im Magistrat diese Angelegenheit erneut behandelt. Man ist zu dem Ergebnis gekommen, die Prüfung durch Beauftragte der eigenen Verwaltung erfolgen zu lassen.

Dem Sparkassenobersekretär Karl Dockhorn von hier, wurde als besonderes Weihnachtsgeschenk das Goldene Sportabzeichen überreicht. Er ist Mitglied des Turnvereins „Jahn" und ist 43 Jahre alt. Obwohl ihm infolge einer Kriegsverletzung der linke Unterarm amputiert worden ist, erzielt D. noch heute sehr gute Leistungen.

Aus dem Gerichtssaal.

Vor dem Amtsgericht Minden hatte sich der Kaufm. R. wegen Fahrlässigkeit in der Führung eines Kraftwagens zu verantworten. Am 1. August v. J. hatte R. auf der Straße Porta—Oeynhausen einen Motorradfahrer angefahren und verletzt. Der Staatsanwalt beantragte 60 RM. Geldstrafe, bezw. 20 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte aber auf Freispruch.

Als Zweiter hatte sich der Kaufmann und Motorradfahrer Sp. aus Minden wegen Fahrlässigkeit zu verantworten. Als er im Juni v. J. die Ringstraße, Richtung Portastraße, hinunterfuhr, stieß er auf der Straßenkreuzung Ring-Rodenbeckerstr. mit einem anderen Motorradfahrer zusammen. Der hinzugezogene Sachverständige erklärte, daß er Sp. für schuldig halte, das Gericht verurteilte Sp. zu 45 RM. Geldstrafe bezw. 15 Tagen Gefängnis.

Weiter wurde der Schlosser Fr. eines Fahrraddiebstahls beschuldigt. Fr., der bereits mehrmals vorbestraft ist, hatte das gestohlene Rad auseinander genommen, um es dann zu verkaufen. Da er bald als Dieb erkannt wurde, hat er es dem Eigentümer wieder zurückgegeben, das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 30 RM. Geldstrafe bezw. zu 10 Tagen Gefängnis.

Aus dem Landkreis

Rammen. Der Bund der Kriegsbeschädigten hielt seine Jahreshauptversammlung ab. Zunächst wurde die Kasse geprüft und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vors. K. Möller, Kassierer H. Wolsing, Schriftführer Fr. Watermann. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß die diesjährige Kreis-Delegiertentagung in Rammen am 23. März im Saale des Gastwirts Harre stattfindet.

Meißen. Dem Landwirt Hohmeier, Dorfstraße, wurde in einer der letzten Nächte ein Stangenschwein gestohlen. Durch eine Stalltür, die aufgebrochen wurde, hatten die Diebe sich Einlaß verschafft. Anzeige ist erstattet.

Lerbeck. Der Kriegerverein hielt im Saale des Gastwirts Harmening seine Generalversammlung ab. Nach den Jahres- und Kassenberichten wurde der Vorstand gewählt: 1. Vors. Maurermeister Meier, Schriftführer Gebhardt, Kassierer Bödecker.

Todtenhausen. Damit bei Bränden schnell genug Wasser zur Stelle ist, hat sich die Freiw. Feuerwehr einen Wasserwagen angeschafft. Er faßt 1500 Liter Wasser. Die Tonnen wurden auf das Fahrgestell der alten Feuerspritze gelegt, so daß die Gesamtkosten nur rd. 200 RM. betrugen.

Schlüsselburg. Der Obermaschinistmaat Karl Müller aus Kiel hatte sich am 11. Januar vor dem erweiterten Schöffengericht in Bielefeld wegen Fahrlässigkeit in der Führung eines Transportes, wobei 4 Menschen ums Leben kamen, zu verantworten. M., der im Juni v. J. einen Lastwagen der Reichsmarine vom Munsterlager her steuerte, geriet kurz vor Schlüsselburg in einer Kurve an einen Baum, wodurch die rechte Wand des Wagens heruntergerissen wurde. Hierbei stürzten die Insassen des Wagens auf die Straße und blieben hier teils schwer, teils leicht verletzt liegen. Einer war sofort tot, während die anderen kurz nach ihrer Einlieferung im Krankenhaus Stolzenau starben. Nach eingehender Zeugenvernehmung und Gutachten eines Autosachverständigen der Reichsmarine kam das Gericht zu einem Freispruch. In der Begründung brachte man zum Ausdruck, daß höhere Gewalt als die Ursache des Unglücks angesehen werden müsse.

Amt Petershagen

Petershagen. Vor einigen Tagen fand man im Ufergelände der Weser ein auffallend großes abgeschliffenes Stück Hirschhorn. Man vermutet, daß es aus Urvätertagen stammt, wo es als Waffe oder auch als Pflug benutzt worden sein mag. Der Fund ist dem Heimatmuseum in Minden übergeben.

Bad Oeynhausen und Umgegend.

Einbruch.

Bad Oeynhausen. In der Nacht zum Mittwoch statteten Spitzbuben dem Wochenendhäuschen eines Herforders, das an der Werre steht, einen Besuch ab. Sie ließen etwa ein Dutzend Schallplatten und einen Spiritus-Kocher mitgehen. Aus Wut über die geringe Beute zerschlugen sie denn auch noch alle Fensterscheiben.

Bad Oeynhausen. Generaldirektor a. D. Dr. Wussow wird demnächst zwischen Bahnhof-Richard-Wagner- und Moltkestraße eine Villa erbauen lassen.

Bad Oeynhausen. Die 9. Sinfonie von Beethoven wird im April unter der Leitung von Herrn Elfgen, im Kurtheater zur Aufführung gelangen. Damit ist der hiesigen Chorvereinigung (Quartettverein und Frauenchor) „Harmonie") Gelegenheit gegeben, sich in den Dienst der heimischen Kunstpflege zu stellen. Als Dirigent dieses großen Chorwerkes wirkt Herr Musikdirektor Dr. Paul Brück mit.

Für Ruhe und Wartestandsbeamte.

Der Vorstand des Westf. Prov.-Verbandes der Ruhe- und Wartestandsbeamten hielt in Lünen eine Sitzung ab. Im Anschluß sprach der Prov.-Vorsitzende Amtmann i. R. Berkermann von hier über die einschlägigen Fragen.

Wulferdingsen. Wie sich jetzt herausstellt, ist der Brand der Nagelschen Besitzung durch eine schadhafte Stelle im Schornstein der Küche entstanden.

Volmerdingsen. Eingebrochen wurde vor Tagen bei der Wtw. Pahmeier. Der Einbrecher, der das Oberlicht eingedrückt hatte, wurde von der Wohnungsinhaberin überrascht. Auf den Alarm hin, den die alleinstehende Frau schlug, flüchtete der Dieb, konnte aber noch erkannt werden.

Löhne. Ein Dieb entwendete vor einigen Tagen aus dem Hofe des Hotels „Zur guten Hoffnung" zwei Fahrräder. Einige Leute, die den Fahrradmarder erkannten, veranlaßten noch in derselben Nacht, mit Hilfe der Polizei seine Festnahme. Der Dieb ist ein gewisser B. aus Schweicheln. Die Räder konnten den Eigentümern wieder zugestellt werden.

Bergkirchen. Der hiesige Haus- und Grundbesitzerverein hielt am Mittwoch seine Hauptversammlung ab. Es wurden 10 neue Mitglieder aufgenommen, sodaß der Verein jetzt über 60 zählt. Es soll monatlich eine Steuerberatungsstunde abgehalten werden.



Der Bau des Seine-Schelde-Kanals.
Die vor der Vollendung stehenden Schleusen in Brüssel.

Für über 4 Millionen Arbeitslose Arbeit und Brot

durch Landkultivierungsarbeiten im Wege der Arbeitsdienstpflicht.

Von Baumeister Franz v. Damaros, Minden, Ingenieurtechnischer Kreisfachberater der NSDAP.

Die Arbeitsdienstpflicht würde nicht nur hohe sittliche und erzieherische Werte zeitigen, indem sie einige hunderttausend Erwerbslose der menschlichen Arbeitsgemeinschaft sofort wieder zuführen und Söhne aller Volksschichten zum gemeinsamen Dienst am Volke vereinen würde, sondern sie gebe durch produktive Arbeitsleistungen auf dem Gebiete der Landeskultivierung auch den Anstoß zu einem neuen Wirtschaftsaufstieg. Das Hauptarbeitsfeld einer deutschen Arbeitsdienstpflicht würde in erster Linie die Schaffung von Neuland durch Moor- und Oedlandkultivierungen, Eindeichungen, Haff- und Küstenverbauungen und die Verbesserung wenig ertragfähigen Bodens durch Ent- und Bewässerungen sein müssen, weil dieses Arbeitsfeld einen hohen Ertrag bei geringem Geldbedarf abwürfe und zugleich das umfangreichste und geeignetste wäre, auf dem eine große Arbeiterarmee zum Nutzen der Allgemeinheit und ohne nennenswerten Wettbewerb zu dem Arbeiter des freien Arbeitsmarktes angesetzt werden könnte. An Neuland könnten in Deutschland rd. 4,3 Millionen ha. gewonnen werden, das ist eine Fläche etwa so groß wie Baden, Thüringen und Sachsen zusammen. 250 000 Bauernsöhne könnten hier durch Siedlung ihre Heimat finden. Ferner könnten rd. 13,5 Millionen ha. im Ertrag erheblich gesteigert werden, davon 8,5 Millionen ha. durch Entwässerungen. Zur Bewältigung dieser umfangreichen Landkultivierungsarbeiten, soweit sie für den Arbeitsdienst in Frage kämen, in 10 Jahren, würde eine ständige Arbeiterarmee von etwa 800 000 Mann benötigt werden, die aus Arbeitslosen dienstpflichtigen Alters, d. i. das Alter von 19—22 Jahren, aufzustellen wäre. Nicht allein, daß der Bedarf einer 800 000 Mann starken Arbeiterarmee an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Arbeitsgerät vielen tausenden Handwerkern, Kaufleuten usw. Arbeit und Verdienst bringen würde, sondern die durch das Arbeitsdienstheer neu geschaffenen, von Jahr zu Jahr anwachsenden Neulandflächen und verbesserten Bodenflächen würfen auch einen Rohertrag ab, der sich nach Durchführung der Kultivierungsarbeiten auf rund 3 Milliarden errechnen läßt. Das wäre ein Mehrertrag mit dem wir unsere Ernährung vom Auslande unabhängig machen würden, ein Ziel, das als durchaus erstrebenswert anzusehen ist, um die alljährlich ins Ausland fließenden Milliardenwerte für landwirtschaftliche Erzeugnisse der deutschen Wirtschaft zu erhalten und uns vor einer zweiten Hungerblockade, wie wir sie im Weltkrieg erlebten, zu bewahren.

Mit der landwirtschaftlichen Mehrerzeugung von 3 Milliarden jährlich wäre jedoch der wirtschaftliche Nutzen der Landeskultivierungsarbeiten noch bei weitem nicht erschöpft. Jedes Mehr an landwirtschaftlicher Erzeugung führt naturgemäß durch Gütertausch oder Umlauf des dafür eingetauschten Geldes auch ein Mehr der Erzeugung in Handwerk, Handel, Gewerbe, Industrie usw. herbei. Dieses Mehr beläuft sich nach Berechnungen unseres hochgeschätzten Volkswirtschaftlers und Pg. Hermann Tholens, dem andere namhafte Volkswirtschaftler zugestimmt haben, auf mindestens 1¼ des landwirtschaftlichen Erzeugungswertes. Demnach bedeutet eine Rohertragssteigerung der deutschen Landwirtschaft um 3 Milliarden eine Mehrerzeugung unserer Gesamtwirtschaft von 6¾ Milliarden Mark.

Da man auf 10 000 RM. Erzeugungsleistung 4 Beschäftigte rechnet, würde die Ankurbelung der Wirtschaft durch diese Milliardenwerte 2,7 Millionen Arbeitslosen dauernde Beschäftigung bringen. Zusammen mit dem Heer der Arbeitsdienstpflichtigen und der durch dieses Heer Arbeit und Verdienst findenden Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibenden usw. kämen auf diese Weise mehr als 3½ Millionen Arbeitslose zu Arbeit und Brot. Schon nach Ablauf des ersten Arbeitsdienstjahres würde die Zahl der Arbeitslosen mit dem Fortschreiten der Kultivierungsarbeiten von Jahr zu Jahr abnehmen, das Reich würde steigende Beträge an Arbeitslosenunterstützungen einsparen und von den sich mehrenden Verdienern und der wieder belebten Wirtschaft immer größere Steuereinnahmen erhalten, bis in letzter Auswirkung, das ist nach Fertigstellung der Arbeiten 1,8 Milliarden Ersparnisse an Erwerbslosenunterstützungsbeträgen und 1,2 Milliarden Steuern, zusammen 3 Milliarden im Jahr, aufkommen würden.

Die Kosten für die Unterhaltung des 800 000 Mann starken Arbeitsdienstheeres bei Ansatz von 2 RM. je Kopf und Tag (die alte Armee rechnete mit 1,50 RM. je Tag für jeden Soldaten) und für 85 000 Mann Stammpersonal und Verwaltung sind auf rd. 1¼ Milliarden jährlich zu veranschlagen. Diese Kosten würden die Träger der Landeskultivierungsarbeiten für Verbesserung ihres Bodens oder für Neulandflächen zu tragen haben. Das Reich hätte nach den bei Meliorationen bisher üblichen Grundsätzen ⅓ als Beihilfe zu übernehmen. Da die Träger der Arbeiten die von ihnen benötigten 2 Drittel der Kosten wohl in den meisten Fällen auf dem freien Kapitalmarkt als langfristiges Darlehn aufnehmen müßten, würde das Reich, um den Anreiz zu den Arbeiten zu stärken, außer der Beihilfe auch einen Teil des Zinsendienstes, etwa 6 Prozent, zu übernehmen haben. Ferner würde zum Bau von Unterkunftsbaracken für 500 000 Mann — es wird angenommen, daß 300 000 Mann in vorhandenen Kasernen und Baracken untergebracht werden können — und für Beschaffung von Ausrüstungsstücken usw. ein Anlagekapital von etwa 250 Millionen RM. erforderlich werden. Diese 250 Millionen wären ein einmaliger Aufwand.

Nach Abzug aller dieser Lasten von den in jedem Jahre größer werdenden Ersparnissen aus der Erwerbslosenunterstützung und aus wachsenden Mehreinnahmen an Steuern würden dem Reiche nach Beendigung der Arbeiten rd. 2 Milliarden jährlich Ueberschüsse verbleiben, welche, in die produktive Wirtschaft gesteckt, einer weiteren halben Million Arbeitslosen Arbeit und Brot brächte. So ergebe sich als Nutzungsendeffekt die Beschäftigung über 4 Millionen Arbeitsloser und dazu ein dauernder Mehr des Reiches an Einnahmen im Betrage von 2 Milliarden RM. im Jahr. Und das alles mit einem einmaligen Anlaufkapital von 250 Millionen RM.

Ohne die Arbeitsdienstpflicht würden die Arbeiten um rd. 70 Prozent teurer und damit untragbar werden. Viele werden einwenden, daß die Landwirtschaft ein Mehr an landwirtschaftlichen Produkten nicht absetzen könnte. Dem ist entgegenzuhalten, daß nur soviel mehr produziert werden würde und könnte, als wir in normalen Zeiten bisher vom Auslande selbst einzuführen haben und, daß mit Hebung der Kaufkraft von 4 Millionen jetzt darbender Arbeitsloser, die zum größten Teil Familie haben, sich der Bedarf derart steigern würde, daß auch der Bauer wieder einen guten Absatz hätte.

Darum Arbeiter, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende, tretet in unsere Reihen zum Kampfe für die Arbeitsdienstpflicht

Aus der Nachbarschaft

Dr. Rabeling Oberbürgermeister

Oldenburg, 16. Januar.

Der Oldenburger Stadtrat hat in geheimer Wahl Oberfinanzrat Dr. Rabeling zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt gewählt. Die Wahl erfolgte mit 30 von 41 Stimmen. Außer den Rechtsparteien stimmten auch die Mittelparteien für den Kandidaten, der den Deutschnationalen nahesteht. Seine sachliche Eignung für das Amt wurde aber allseitig anerkannt. Die Sozialdemokraten beteiligten sich nicht an der Wahl. Oberfinanzrat Dr. Rabeling ist 42 Jahre alt.

Auf der Spur der Juwelenräuber

Zwei entwichene Strafgefangene

Hannover, 16. Januar.

Die von der hiesigen Kriminalpolizei gemeinsam mit der Kriminalpolizei Minden geführten Ermittlungen führten zu einer Klärung des Mindener Juwelenraubes. Als Täter sind die am 10. November v. Js. aus der Strafanstalt Lübeck entwichenen Strafgefangenen Adolf Müller, geboren 1904 zu Hannover-Stöcken, und Wilhelm Strecker, geboren 1904 in Barmstedt, zweifelsfrei ermittelt worden.

Daß Müller und Strecker auch für den gleichartigen Einbruchsdiebstahl am 22. Dezember in der Seilwinderstraße in Hannover in Frage kommen, steht nach den weiteren Ermittlungen ebenfalls nicht mehr in Frage. Die Aenderung des Kennzeichens an dem zu dieser Tat benutzten Wagen ist in der gleichen Weise erfolgt wie in dem Mindener Falle. Beide sind bislang noch flüchtig. Offenbar sind sie mit dem in Wandsbek gestohlenen Kraftwagen noch unterwegs und haben mit ihm am 9. Januar wahrscheinlich einen gleichen Einbruchsdiebstahl in ein Juwelier[illegible]häft in Bonn ausgeführt.

Aus niedersächsischen Landen

Stadtoberamtmann Jochheim †

Hannover. Am Freitag ist Stadtoberamtmann Georg Jochheim, 59 Jahre alt, gestorben. Er hat 42 Jahre lang seiner Vaterstadt seine ganze Arbeitskraft gewidmet. 1908 wurde er, nachdem er bis dahin schon in der damaligen städtischen Armenverwaltung tätig gewesen war, zum ersten Berufsvormund der Stadt Hannover ernannt; er übernahm damit die amtliche Vormundschaft über uneheliche Kinder, von denen er im Laufe der Jahre viele Tausende betreut hat. 1925 wurde Jochheim Leiter der Geschäfte der Hauptabteilung Jugendamt des Wohlfahrtsamtes. Daneben wirkte er als Stellvertreter des Direktors des städtischen Wohlfahrtsamtes.

Handwerk gegen Vollstreckungsschutz

Hannover. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler ein dringendes Telegramm gesandt, in dem die Spitzenvertretungen des deutschen Handwerks gegen die Absicht des Reichskabinetts, den Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft sachlich und räumlich noch weiter auszudehnen als bisher, protestieren. Das Handwerk im Osten sei durch den bisher geltenden Vollstreckungsschutz bereits auf das allerschwerste geschädigt und erschüttert.

Ein Steuerstreit in Hildesheim

Hildesheim. Seit einiger Zeit bildet ein Streit wegen Steuern in Höhe von etwas über 200 000 Mark zwischen den hiesigen Senking-Werken und der Stadtverwaltung das Tagesgespräch der Einwohnerschaft. Die ersten Mitteilungen darüber kamen durch Verlautbarungen eines nationalsozialistischen Bürgervorstehers in die Oeffentlichkeit, die dieser in einer vertraulichen Sitzung der städtischen Kollegien erfahren hatte. Die Nationalsozialisten hielten daraufhin in der Ausstellungshalle eine Protestversammlung ab, in der aber nichts weiter vorgebracht wurde als das bereits über den Fall Bekannte. Als Redner trat der Landtagsabgeordnete Schmidt-Hildesheim auf, der schwere Angriffe gegen die Stadtverwaltung und die Leitung der Senking-Werke erhob. Der Betriebsleiter des Werkes erklärte aus freien Stücken, daß lediglich Meinungsverschiedenheiten wegen der Höhe der zu zahlenden Steuern bestehen und zur Schlichtung derselben bereits der Reichsfinanzhof angerufen worden ist.

Restfinanzierung des Braunschweiger Hafenbeckens gesichert

Braunschweig. Unter dem Vorsitz des braunschweigischen Finanzministers fand eine Besprechung mit Vertretern des Reichsverkehrsministeriums, der Elbstrombauverwaltung, der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und des Rates der Stadt Braunschweig über die Restfinanzierung des Braunschweiger Hafens statt. Dabei wurde über die Aufbringung der restlichen Kosten des Hafenbaues und seiner Nebenanlagen eine grundsätzliche Verständigung erzielt, sodaß die Fertigstellung des Hafens bis Anfang Mai nunmehr sichergestellt ist.

Fall Cohn erledigt

Ende des Breslauer Hochschulkonflikts

Breslau, 16. Januar.

In einer Sitzung des erweiterten Senats, dem sämtliche ordentliche Professoren und Vertreter der nichtbeamteten außerordentlichen Professoren und Privatdozenten angehören, wurde eine Entschließung angenommen, in der die Angelegenheit des Professors Cohn als erledigt bezeichnet wird. Dieser Entschließung lagen die bereits bekannten Zusicherungen des Unterrichtsministers und Erklärungen Professors Cohn zu Grunde. In diesen Erklärungen heißt es u a:

Ich habe, als ich durch Telephonanruf die Zeitungsanfrage vorgelegt erhielt, in der Eile des Augenblicks geglaubt, daß ich diese Frage durch eine die Entscheidung offen lassende Antwort besser als durch eine Verweigerung erledigen könne. Darin habe ich leider geirrt. Auch war es eine Fahrlässigkeit, daß ich von der Anfrage nicht den Stellen der Universität Kenntnis gegeben habe. Ich bedauere lebhaft, daß durch mein Verhalten der Eindruck entstehen konnte, als schlüge ich Verpflichtungen, die das einzelne Glied der Gesamtheit gegenüber hat, gering an, vor allem aber, daß nun die Schwierigkeiten für die Universität vermehrt worden sind.

Weiterführung der Bergstraße

Haddenhausen. Die Arbeiten zur Weiterführung der Bergstraße Volmerdingsen — Haddenhausen hatten vor längerer Zeit eingestellt werden müssen, weil der Kreis Minden keine weiteren Mittel mehr aufbringen konnte. Wie in der Gemeindevertretersitzung mitgeteilt wurde, hat es sich ermöglichen lassen, daß das Bauvorhaben im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes gefördert werden kann. Durch Arbeitsfreiwillige sollen zunächst die Erdarbeiten durchgeführt werden. Hierzu sind von der Regierung Mittel für 7000 Tagewerke bereitgestellt worden. Der jetzige Plan weicht in seiner Durchführung etwas von dem früheren ab. Eine Kommission wird demnächst das für den Ankauf in Frage kommende Gelände besichtigen.

Landjäger von einem Verbrecher niedergeschossen

Salzbergen. Auf seinem Reviergange in Hummeldorf beobachtete der Oberlandjäger Rünke einen verdächtigen Mann. Er stellte ihn und forderte Ausweispapiere. In diesem Augenblick zog der Fremde blitzschnell einen Revolver und richtete ihn auf die Brust des Beamten. Der erste Schuß versagte glücklicherweise. Ein zweiter traf den Landjäger in den Oberschenkel. Rünke, der niedergestürzt war, sandte dem fliehenden Banditen mehrere Schüsse nach, die aber sämtlich fehlgingen. Waldarbeiter nahmen sich des verletzten Beamten an und nahmen dann mit Polizeihilfe aus Rheine und Emsbüren die Verfolgung des Vagabunden auf, der zuletzt mit drohend erhobener Waffe von Passanten gesehen worden war, als er in Richtung der Ziegelei im Walde verschwand.

Die neue Portabrücke kommt

Porta. Die alte Kettenbrücke bei Porta hat sich schon seit langem dem Verkehr nicht mehr gewachsen gezeigt, und für den starken Fremdenverkehr in den Sommermonaten befürchtet man sogar, daß zeitweilig die Belastung lebensgefährlich wirken könnte. Der Plan eines Neubaues der Brücke ist nicht neu. Schon oft hat sich der Kreisausschuß damit beschäftigt. Doch die Geldbeschaffungsfrage war nicht zu lösen, und deshalb mußten alle Projekte scheitern. Jetzt hat der Vorsteher der Gemeinde Neesen die beachtenswerte Anregung gegeben, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes eine neue Portabrücke zu bauen. Die Bedingungen würden außerordentlich günstig sein, da die erforderliche Bausumme, deren genaue Höhe noch nicht feststeht, erst in 25 Jahren zurückgezahlt zu werden brauchte. Die Portagemeinden sind guter Hoffnung, daß das Projekt genehmigt wird. 300 Familienväter aus der von der Arbeitslosigkeit stark heimgesuchten Gegend würden mindestens auf ein Jahr Beschäftigung finden.



Lilly Fahrenkamps Ehe

ROMAN VON KLOTHILDE V. STEGMANN-STEIN

[30

Mit befreitem Aufatmen faltete Werner den Brief zusammen. Er sah sich im Zimmer um — es war, als schiene die Wintersonne noch leuchtender auf die Möbel, als wäre das ganze Zimmer in einen Glanz von Vorfreude und Wärme getaucht — der graue Schimmer, der seit seinem Zerwürfnis mit Lilly für ihn über seinem Heim gelegen, er war gewichen. Und auch die Schatten in seiner Seele wichen vor dem Glücksempfinden, das ihn durchströmte.

Ein Gefühl überkam ihn, wie er es als Kind vor Weihnachten gekannt hatte — die selige Spannung des Beschenkten und des Schenkens. Genau so war es jetzt.

Lilly hatte ihn mit ihrem Brief, mit der Ankündigung ihrer baldigen Rückkehr so reich beschenkt — welche Freude konnte er nun Lilly machen? Sie sollte sehen, welches Glück ihre Rückkehr für ihn bedeutete. Das Haus mußte sie empfangen mit Blumen, die er selbst ausgesucht, in allen Schalen mußten ihre Lieblingsblüten, die rosa Nelken, ihr entgegenduften — ein paar Kleinigkeiten, die sie sich gewünscht, fielen ihm ein — ein Buch, eine kleine Keramik, die sie neulich in einem Fenster gesehen hatte — ein paar neue Grammophonplatten — sie hatte neulich begeistert von einer neuen Gigliplatte erzählt, der großen Troubadour-Arie.

Da ging es wie ein eisiger Hauch über sein eben noch so glückliches Gemüt — unwillig schob er den Gedanken, den er soeben gehabt, beiseite. Hatte nicht dieser Italiener, dieser „Herzensbrecher", Lilly eine Karte zu Gigli geschickt? Mit dem Briefe, der ihn empört und verwundet hatte?

Nein, dieses Geschenk sollte Lilly bei ihrer Rückkehr nicht finden — nichts sollte sie erinnern an die Verstimmung dieses unglückseligen Theaterabends. Aber was gab es wohl noch, womit er den kleinen Gabentisch, den er ihr aufbauen wollte, krönen konnte?

Nun, es würde ihm schon etwas einfallen; er brauchte nur die Geschäftsstraßen entlang zu schlendern, überall gaben die Auslagen der eleganten Häuser einen Fingerzeig, was eine junge, schöne Frau wie Lilly gebrauchen konnte. Sie hatte zwar von ihrem Vater her eine besonders elegante und reiche Aussteuer erhalten — aber Frauen brauchten ja, wie böse Zungen behaupteten, immer noch ein Zimmer und ein Kleid. Wenn das auch bei seiner kleinen Lilly nicht so der Fall war; sie hatte doch immer noch diesen oder jenen Wunsch für die Vervollständigung ihres reichen Garderobeschranks. —

Er telephonierte in die Chauffeurwohnung, und bald stand der Mercedeswagen vor der Tür. —

„Fahren Sie die Linden und Lennéstraße!" befahl Fahrenkamp. Der Chauffeur schloß den Schlag hinter ihm.

Werner lehnte sich behaglich zurück und genoß die Winterlandschaft, die sich ihm bot. Alles schien, seitdem er Lillys liebevollen Brief bekommen, wie erneut — die Landschaft in dem weißen Schneekleid war von zauberhafter Schönheit. Die Bäume in den Parkwegen standen, wie mit Zucker überstreut, still und hoch; der Himmel zeigte jetzt am Nachmittag das tiefe, klare Leuchten eines reinen Wintertages — die ersten Sterne funkelten am Himmel. — Zum ersten Male wieder, daß Werner die Schönheit der Natur, die ihm sonst immer so viel gegeben, genoß und empfand.

Wie oft hatte Lilly ihn doch in den letzten Wochen gebeten, mit ihr hinaus in den Schnee zu gehen — immer hatte er sich von der Arbeit einfangen lassen und all diesen kleinen Wünschen Lillys nicht Folge geleistet. Aber auch das sollte und mußte anders werden. Wenn erst die Krankheitswelle etwas abgeflaut war, konnte man vielleicht sogar für ein paar Tage Wintersport treiben, hinauf in die Berge fahren und eine schöne Skitour machen.

Er stellte sich Lilly in ihrem blauen Norwegerkostüm vor — wie ein kleiner Page mußte sie aussehen — ach, alles, was sie trug, wurde an ihr schön und anmutig. Wie würde ihr wohl ein solches Pelzjäckchen stehen, wie jene Dame es trug, die jetzt den Parkweg vor seinem Wagen überquerte? Sie hatte ungefähr die gleiche Figur wie Lilly, und dasselbe zärtliche, blonde Haar, das sich unter der kleinen Pelzkappe hervordrängte! Hatte nicht Lilly einmal gesagt, daß ihr eine solche kurze Pelzjacke neben ihren Pelzmänteln für Spaziergänge fehlte? Er lächelte erfreut. Gut, daß ihm das eingefallen war. Nun wußte er auch, was er Lilly schenken sollte.

Aber wie kaufte man so etwas, daß es auch wirklich passend und richtig war? Er hatte wenig Erfahrung in diesen Dingen. Aber daß man eine solche Jacke doch wenigstens anprobieren mußte, das war ihm denn doch klar.

Halt, Ilse Dornbruch mußte helfen. Sie hatte ungefähr die gleiche Figur — und Frauen wußten ja, was an Aenderungen für eine andere Frau getroffen werden mußte.

Er war Unter den Linden angelangt. Er ließ den Chauffeur halten: „Warten Sie hier auf mich, bis ich zurückkomme."

Werner ging ins „Adlon" und rief Ilse Dornbruch an. Sicherlich würde sie noch im Laboratorium sein.

Wirklich meldete sich gleich darauf Ilse Dornbruchs Stimme. „Hier Fahrenkamp!" sagte er. „Hören Sie, Fräulein Doktor, ich habe eine sehr wichtige Angelegenheit, die ich nicht allein erledigen kann. Ich brauche Ihre Unterstützung."

„Was ist es denn?" hörte er ihre ruhige Stimme zurückfragen. „Handelt es sich um die neuen Tierversuche?"

Fahrenkamp lachte. „So ähnlich — ich erzähle Ihnen das mündlich. Ich schicke Ihnen gleich meinen Wagen."

Fahrenkamp hängte ab und ließ dem Chauffeur durch den Portier Bescheid sagen. Indessen setzte er sich behaglich in die Halle und betrachtete mit Vergnügen das bunte Bild, das gegen Abend in der Hotelhalle zu sehen war. — In Gedanken verglich er die eleganten Frauen in den hellen und dunklen Pelzen mit Lilly und stellte fest, daß keine ihm so reizend und anmutig erschien wie seine kleine Frau. —

(Fortsetzung folgt.)